



Jahresbericht 2015



.....

Die Welt verändert sich im Klimawandel, die Auswirkungen der Umweltzerstörung machen vor Staatsgrenzen nicht Halt. Umwelt- und Naturschutz sind politischer denn je. Die Deutsche Umwelthilfe ist seit 40 Jahren eine verlässliche Partnerin für alle gesellschaftlichen Gruppen, um gemeinsam umwelt- und sozialverträgliche Lösungen zu finden. Denn die DUH kämpft für die Rechte von Mensch und Umwelt, Gesellschaft und Natur.

.....



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Hunderttausende Menschen sind 2015 nach Deutschland gekommen, die meisten von ihnen sind vor Krieg und Terror geflohen. Viele von ihnen sehen jedoch grundsätzlich keine Perspektive in ihrem Herkunftsland. Sie zeigen uns, dass nichts bleibt wie es war. Die Welt verändert sich im Klimawandel, die Auswirkungen der Umwelt- und Klimazerstörung machen vor Staatsgrenzen nicht Halt. Eine Anpassung der Menschen an den Klimawandel bedeutet auch, zu gehen und es woanders noch einmal zu versuchen.

Im reichen und sicheren Deutschland spüren wir von den Auswirkungen des Klimawandels bisher wenig. Trockenheit, Überschwemmungen und Ernteausfälle können wir mit Geld und Technik ausgleichen. In ärmeren Regionen der Welt werden Dürren und Fluten die Fluchtursachen vergrößern. Der schwedische Wissenschaftler Johan Rockström wurde 2015 von der Bundesstiftung Umwelt mit dem bedeutendsten Umweltpreis Europas ausgezeichnet. Rockström erforscht die Resilience, die Widerstandskraft und Belastbarkeit der Welt im Klimawandel. Er hat wissenschaftlich erforscht, was die geflohenen Menschen uns vorführen: Die Anpassung an den Klimawandel geht jeden an.

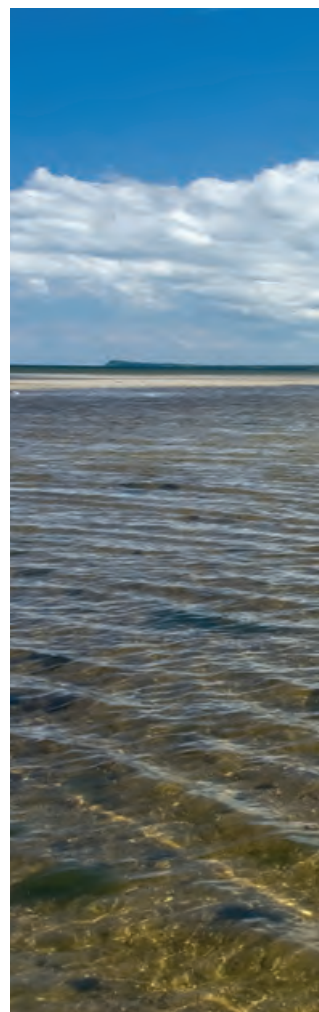
Jeder wird sich umstellen und verändern müssen, auch im sicheren Deutschland. Diese Veränderung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ist harte Arbeit und wer wüsste das besser als wir von der Deutschen Umwelthilfe. Seit 40 Jahren kämpfen wir für Auwälder entlang der Flüsse, um Überschwemmungen zu mildern. Wir streiten für CO₂-arme Fahrzeuge und saubere Motoren, um das Klima zu schonen und die Schadstoffe in der Atemluft zu vermindern. Wir kämpfen für den Erhalt des Mehrwegsystems, denn Mehrweg schont Ressourcen. Und wir setzen uns mit allen Mitteln dafür ein, dass die Energiewende eine Wirtschaft ohne Kohle und andere fossile Brennstoffe fördert.

Umwelt- und Klimaschutz sind politischer denn je. Beides muss gelebt und umgesetzt werden, weshalb wir vehement auf die Kontrolle der Gesetze achten, um Menschen und Verbraucher vor den Auswirkungen der Umweltbelastung zu schützen. Die DUH ist Partnerin im Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen für umweltverträgliche Lösungen. Denn die DUH kämpft für die Rechte von Mensch, Umwelt und Natur. Ich freue mich, wenn Sie uns dabei unterstützen! Auf den folgenden Seiten können Sie sich einen Überblick über die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe e.V. verschaffen. Im Namen des Vorstands lade ich Sie sehr herzlich ein, mit uns den Umwelt- und Verbraucherschutz zu stärken.

Mit herzlichen Grüßen

Harald Kächele

Prof. Dr. Harald Kächele
Bundesvorsitzender Deutsche Umwelthilfe e.V.



3 Vorwort

4 Inhalt

■ Umweltschutz ist moderner Verbraucherschutz

6 Für Mensch und Umwelt

Der Ökologische Verbraucherschutz ist die Querschnittsaufgabe all unseres Handelns

■ Messen, warnen, Luft reinhalten

8 „Die Bundesregierung wird von den deutschen Automobilherstellern ferngesteuert“

„Der Abgas-Skandal wäre vermeidbar gewesen“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe zu VW, dem Betrug und den politischen Folgen. „Schuld ist die Nähe zwischen Politik und Auto-industrie. Damit muss Schluss sein.“

■ Wildtier-Korridore unter Brücken

10 Neue Wege für den Fischotter

Mit Steinen und Beton legen die DUH-Naturschützer künstliche Böschungen unter Brücken an, damit Fischotter sicher hindurch kommen. Ein Modellprojekt aus Thüringen, das Nachahmer in anderen Regionen anzieht

■ Reden, dämmen, Klima schützen

12 „Es geht darum, die Wirtschaft in Richtung Klimaschutz zu transformieren“

„Kohlekraftwerke stillzulegen ist schwieriger als Atomkraftwerke – das geht nicht mit politischen Kampagnen“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner und bietet Politik und Industrie an, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu moderieren

■ Energie und Klimaschutz

14 Wir vermitteln die Energiewende!

Der Umbau der Stromversorgung bringt Konflikte ins Land. Die DUH moderiert und findet Kompromisse im Gespräch mit tausenden Menschen

■ Verkehr und Luftreinhaltung

16 Saubere Luft für unsere Städte!

Emissionen aus Diesel-Motoren schädigen Mensch und Natur. Die DUH sammelt seit 2007 Beweise für die Grenzwertüberschreitungen der Autokonzerne

17 Chronologie des politischen Versagens im Abgas-Betrug

19 „Die Technik für saubere Luft gibt es“

Dorothee Saar, Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung, fordert Kommunen und Regierung auf, das Recht auf saubere Luft umzusetzen



■ Naturschutz

20 Wildnis schafft Chancen

Am Stettiner Haff entwickelt die DUH Konzepte für die wirtschaftliche Nutzung der Wildnis. Und im Diskussionsforum Ökosystemleistungen treiben die DUH-Naturschützer voran, was sie im Oder Delta praktisch umsetzen

■ Kommunalen Umweltschutz

22 Freiraum für Natur und Mensch in der Stadt

Ein Gemüsegarten, ein Blaues Klassenzimmer, ein Schulhof mit Kinderwald – die DUH stellt Modelle für Umweltgerechtigkeit in Städten vor

24 Gemeinsam sind Kommunen stark

Die DUH unterstützt als verlässlicher Partner die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und entwickelt Tipps zum Stadtgrün und der Green IT

■ Ökologischer Verbraucherschutz

26 Wir bringen Kleingedrucktes groß raus

Die DUH spürt Verstöße auf und übernimmt die Aufgaben untätiger Behörden

■ Kreislaufwirtschaft

28 Mehrweg erhält die Vielfalt

Die DUH fördert klimafreundliche Mehrwegbecher für Coffee to go und kämpft für das Mehrweg-System

30 Vom Müll zum Wertstoff in 40 Containern

Die Mettlacher sortieren Abfall in einem Rückkonsumzentrum

■ Umwelt und Entwicklung

32 Auf gutem Boden

Die „Gärten der Zukunft“ und der Hand in Hand-Fonds

■ Medien

33 Der UmweltMedienpreis 2015

34 DUH intern – Das Leitungsteam

■ DUH in Zahlen

36 Finanzen für den Umwelt- und Verbraucherschutz

Zuschüsse, Spenden sowie Einnahmen aus dem Verbraucherschutz sind die wichtigsten Finanzquellen der DUH. Eine gute Mischung sichert unsere Unabhängigkeit

■ Menschen für Natur

38 Heute noch einen Apfelbaum pflanzen

Private Spender und Förderer unterstützen die DUH

39 Adressen, Impressum, Fotonachweise

Die Tricks der Industrie wurden früher als Greenwashing bezeichnet. Seit dem Diesel-Gate wissen alle, dass die Missachtung der Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze erwerbsmäßiger Betrug ist



Für Mensch und Umwelt

Der Ökologische Verbraucherschutz ist die Querschnittsaufgabe all unseres Handelns

Wir haben unseren 40. Geburtstag in diesem Jahr gefeiert und beim Betrachten der Zeit haben wir uns noch einmal über unsere Erfolge für den Umweltschutz gefreut. Bleihaltiges Benzin wurde verboten und Katalysatoren werden zur Pflicht, ebenso wie Partikelfilter für Dieselfahrzeuge. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz wurde erlassen und die Abfallkaskade eingeführt – Müll soll gar nicht erst entstehen und muss recycelt werden. Atomkraftwerke werden abgeschaltet, die Energiewende verhilft den Erneuerbaren Energien zum Durchbruch.

Das hört sich alles gut an. Aber es steckt sehr viel Arbeit darin, die politischen Erfolge

der Umweltschutzbewegung in nachhaltig wirtschaftliches Handeln zu verwandeln. Diese Aufgabe übernimmt die DUH mit vielen anderen Umweltschützern in den Umwelt- und Naturschutzverbänden, in Politik und Wirtschaft. Der Rückblick zeigt uns aber auch, wie sich die Arbeit der Deutschen Umwelthilfe gewandelt hat. Sie ist komplexer geworden. Technischer. Internationaler.

Die DUH hat sich in der Zeit von einem Umwelt- und Naturschutzverein zu einem der wichtigsten Verbände für den Umwelt- und Verbraucherschutz entwickelt. Umweltschutz bedeutet heutzutage auch, den gesetzlich festgelegten



Schutz der Menschen vor den Auswirkungen der Umweltbelastungen zu beachten. Darauf weisen wir beharrlich hin. Jedes Jahr decken wir hunderte von Vergehen gegen die Energiesparverordnung auf, enttarnen Verstöße gegen das Recht auf saubere Luft, gegen die Informationspflichten von Industrie und Handel gegenüber dem Verbraucher, gegen die Abgasvorschriften. Das Bundesjustizministerium hat die Deutsche Umwelthilfe 2004 als klageberechtigten Umwelt- und Verbraucherschutzverband anerkannt. Diesen juristischen und gesellschaftlichen Auftrag nehmen wir ernst und überwachen die Einhaltung von Verbraucherschutzgesetzen mit Umweltbezug.

Die DUH-Mitarbeiter verfügen über ein technisches und juristisches Detailwissen von Abgasnormen bis Zylindertechnik. Dank ihrer Expertise können sie es mit der Industrie aufnehmen, die vor keinen Tricks und Winkelzügen zurückschreckt. Früher wurde so etwas verharmlosend als Greenwashing bezeichnet. Spätestens seit dem Diesel-Gate bei Volkswagen wissen alle, dass es sich bei der Missachtung der Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze um erwerbsmäßigen Betrug der Wirtschaft handelt. Nicht nur in der Automobilindustrie. Der Volkswagen-Fall zeigt eindrücklich, dass Umweltschutzgesetze gar nichts nützen, wenn sie nicht kontrolliert werden. Die Behörden schauen weg, der Staat schweigt und der Corps-Geist in den Unternehmen führt dazu, dass die Manager und Ingenieure meinen für das Wohl des Unternehmens zu handeln, wenn sie betrügen.

Die Autokonzerne stehen hier nur als ein Beispiel für alle Wirtschaftszweige, mit denen wir es zu tun haben. Die DUH übernimmt in vielen Branchen die Marktüberwachung, denn wir setzen durch, dass Umweltgesetze auch angewendet werden. Nur wenn die Marktteilnehmer nach denselben Gesetzen handeln, können die Hersteller von umweltfreundlichen Produkten in einen fairen Wettbewerb treten.

Wir wollen Chancengleichheit für umweltfreundliche Produkte und decken deshalb die Verstöße der Konzerne auf.

Umwelt- und Verbraucherschutz sind heutzutage nicht mehr voneinander zu trennen. Und um noch einmal auf die Abgase und das Recht auf saubere Luft zu kommen. Die Luftqualität hat auch eine soziale Komponente. Finanziell schwache Familien leben oft an verkehrsreichen Straßen, da dort die Mietkosten geringer sind. Wenig Geld entscheidet somit über die Umweltbelastungen einzelner und die Gesundheit von Menschen im Industrieland Deutschland. Das geht nicht.

Wir haben unser 40-jähriges Bestehen gefeiert. Und Kraft geschöpft für unsere Arbeit zum Schutz von Mensch und Natur, Umwelt und Gesellschaft.

Wir nehmen den gesellschaftlichen Auftrag als klageberechtigter Umwelt- und Verbraucherschutzverband ernst – und überwachen die Einhaltung von Verbraucherschutzgesetzen



„Die Bundesregierung wird von den deutschen Automobilherstellern ferngesteuert“

„Der Abgas-Skandal wäre vermeidbar gewesen“, sagt Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe zu VW, dem Betrug und den politischen Folgen. „Schuld ist die Nähe zwischen Politik und Autoindustrie. Damit muss Schluss sein.“

Herr Resch, die DUH weist seit Jahren auf die hohen Abgaswerte von Diesel-Autos hin. Warum muss erst die US-Umweltbehörde EPA den Abgasbetrug bei Volkswagen aufdecken, bis auch die deutsche Regierung sich bewegt?

Jürgen Resch: Beim Verbraucherschutz und der Ahndung von Verstößen gegen geltende Umweltvorschriften sind die amerikanischen Behörden konsequent und biedern sich nicht der Industrie an. Ganz im Gegensatz zu den deutschen Behörden und Ministerien, die seit Jahren Hinweise der DUH ignorieren. So haben wir bereits im Februar 2011 das Bundesverkehrsministerium detailliert über stark erhöhte NO_x Werte eines Euro 6 VW Passat aufmerksam gemacht. In Deutschland dürfen Autohersteller mit gefälschten Spritverbrauchswerten und sieben Mal erhöhten Abgaswerten ungestraft den Verbraucher betrügen. Die Bundesregierung wird von den deutschen Automobilherstellern ferngesteuert. Der eigentliche Verkehrsminister ist der Präsident des Verbands der Automobilindustrie, Matthias Wissmann.

Sie sagen, dass Herr Wissmann nie aus dem Amt ausgeschieden ist? Er war ja von 1993 bis 1998 Verkehrsminister...

... und wechselte nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2007 direkt zum Verband der Automobilindustrie. Diese eheähnliche Beziehung zwischen Autoindustrie und Politik ist

weltweit einzigartig und undemokratisch. Wissmann ist aber leider kein Einzelfall: Eckart von Klaeden, früherer Staatsminister im Bundeskanzleramt, heute Lobbyist bei Daimler. Ex-Regierungssprecher Steg – heute bei Volkswagen der Türöffner zur Politik. Und es gibt viele weitere Beispiele.

.....
» **VW ist kein Einzelfall – praktisch alle in Europa zugelassenen Diesel-Pkw überschreiten die Stickoxid-Grenzwerte.** «
.....

Aber ein rein deutsches Problem sind die Überschreitungen der Stickoxid-Grenzwerte offenbar nicht.

Nein, VW ist kein Einzelfall. Wir haben Überschreitungen der Stickoxid-Grenzwerte bei praktisch allen in Europa zugelassenen Diesel-Pkw. Zu zwei Fahrzeugen haben wir eigene Tests durchgeführt und bei einem Opel Zafira die Überschreitung der Grenzwerte um den Faktor 17, bei einem Renault Espace sogar um den Faktor 25 gemessen. Die detaillierten Ergebnisse

unserer Tests haben wir dem Kraftfahrt-Bundesamt und dem Bundesverkehrsministerium übermittelt und diese aufgefordert, Nachprüfungen bei diesen Autos durchzuführen. Erst nach vier Wochen erhielten wir eine Eingangsbestätigung.

Sie werfen den Behörden Versagen bei Umwelt- und Verbraucherschutz vor.

Kanzlerin Merkel und die Bundesminister Gabriel, Dobrindt und Hendricks sorgen sich um das Wohl von Volkswagen, nicht aber um die Gesundheit der vom Abgasskandal betroffenen

Bürger. Durch ihr Nichtstun demoliert die Bundesregierung die Marke „Made in Germany“. Statt behördlicher Untersuchungen setzt sie auf die Selbstkontrolle der Hersteller. Statt aufzuklären, sitzt sie den Skandal aus. Damit muss Schluss sein. Die Autokonzerne müssen alle ausgelieferten Diesel-Pkw so nachrüsten, dass sie die Grenzwerte auf der Straße einhalten. Und sie müssen für die von ihnen verursachten Schäden zur Verantwortung gezogen werden.

Sie werfen VW, Porsche und Audi vor, vorsätzlich gehandelt zu haben?

Diese drei zusammenhängenden Hersteller wissen, dass ihre Fahrzeuge in den USA und in Europa in Gebieten mit hoher Luftbelastung betrieben werden und die jeweils geltenden strengen Grenzwerte aus gutem Grund einhalten müssen. Sie wissen außerdem, was passiert, wenn bei einem modernen Dieselmotor die Abgasreinigung abgeschaltet wird: Die giftigen Stickoxid-Emissionen explodieren um ein Zifaches. Das ist vorsätzliche Körperverletzung mit Todesfolge.

Wie hätte die deutsche Regierung die Autokonzerne kontrollieren können?

Das Kraftfahrtbundesamt KBA ist seit 2009 verpflichtet, die Angaben der Hersteller zu den Diesellabgas-Emissionen mit eigenen Kontrollen zu prüfen. Dies gilt auch für die CO₂-Angaben und Spritverbräuche. Aber das KBA ist zu einem Handlanger der Autoindustrie geworden. Deshalb fordern wir, dass nicht mehr das KBA die Einhaltung von Abgasvorschriften bestätigen darf, sondern dafür eine autarke Behörde zuständig sein muss, die diese Werte im Realbetrieb misst. Dafür kommt zum Beispiel das Umweltbundesamt in Frage.

Volkswagen hat mit den Diesel-Autos betrogen und eingestanden, bei 800.000 Benzinern die CO₂-Emissionen heruntergeschummelt zu haben. Ist das glaubwürdig?

Das Eingeständnis zeigt, dass die DUH zu recht seit 2007 auf illegale Praktiken bei der Ermittlung der Spritverbräuche aufmerksam macht. Die eingestandenen 800.000 Pkw sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Nach unseren Untersuchungen beträgt die Abweichung zu den offiziellen Verbrauchsangaben mittlerweile im Durchschnitt 42 Prozent. Bundesfinanzminister Schäuble hat 2015 dadurch Steuermindereinnahmen von 1,8 Milliarden Euro und im Jahr 2016 von rund 2,2 Milliarden Euro zu verzeichnen. Deutschland wird mit dem Betrug auch das Klimaschutzziel der EU für Neufahrzeuge für das Jahr 2020 nicht erreichen.

Egal welche Partei regiert, die Autoindustrie regiert in Deutschland mit.

Nicht mal einen Monat nach Bekanntwerden des Abgasbetrugs, setzt sich die Bundesregierung in Brüssel wieder nur für die Profitinteressen der deutschen Autoindustrie ein. Der zu-

ständige EU-Ausschuss beriet über den Ausstoß von Stickoxiden und was macht die deutsche Umweltministerin? Sie setzt durch, dass zukünftig Diesel-Pkw 4 mal höhere Stickoxidemissionen haben als in den USA. Opfer dieses dreisten Raubtierlobbyismus sind Millionen Menschen, denen zugemutet wird, auch künftig ein Leben in dreckiger Luft zu führen.

Was bedeutet das für die Umweltzonen? Die sollen doch in Städten dafür sorgen, dass die Schadstoffbelastung unterhalb der Grenzwerte bleibt.

Die in den Euro-Klassen definierten Abgasgrenzwerte werden nicht eingehalten und die Atemluft in den Städten wird weiter vergiftet, insbesondere mit dem Stickstoffdioxid NO₂ aus Dieselmotoren. Die hohen NO₂-Werte in deutschen Städten haben im Juni 2015 zur Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU gegen Deutschland geführt. Da hätten im Umweltministerium sämtliche Alarmglocken klingen müssen! Damit war klar, dass bei den Abgaswerten etwas nicht stimmt.

» Die DUH wird Fahrverbote für Diesel-Pkw auf dem Klageweg durchsetzen, wenn Städte die Grenzwerte in den Umweltzonen nicht berücksichtigen. «

Die DUH hat vor der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt mit einem aufgeblasenen Auto demonstriert.

Der Slogan der Kampagne lautet „Diesel-Abgase töten!“ Denn das ist unstrittig. Der Diesel-Pkw hat mit derartig hohen Grenzwerten keine Zukunft in Europa. In allen Innenstädten mit Grenzwertüberschreitungen bei den NO₂-Werten sind Fahrverbote für alle Diesel-Autos sicher.

Wenn die Bundesländer und Städte das nicht in den Luftreinhalteplänen berücksichtigen, wird die DUH die Fahrverbote für alle schmutzigen Diesel-Pkw auf dem Klageweg durchsetzen.

Die DUH warnt seit langem davor, dass der staatliche Protektionismus zu einem Wettbewerbsnachteil der Autohersteller führen wird. Volkswagen drohen Milliardenzahlungen und Klagen in den USA. Manche fürchten, VW könnte das nicht überleben.

Die Autoindustrie hat offenbar ein mentales Problem und nicht verstanden, dass Klimaschutz keine Kannbestimmung ist. Bei VW leben Manager und Mitarbeiter in veralteten Hierarchien und Vorstellungen. Als Grund für den Betrug geben Ingenieure bei Volkswagen an, dass sie sonst die Vorgaben aus dem Vorstand nicht hätten umsetzen können. Das schreit ja zum Himmel – sie machen sich lieber strafbar und verwickeln den zweitgrößten Autokonzern der Welt in einen Betrug, als zu sagen, das geht nicht. Was auch immer die Staatsanwälte und Ermittler bei VW herausfinden werden – es steht jetzt schon fest, dass die VW-Manager und Techniker ein schwaches Bewusstsein für Umwelt, Klima und die Werte der Gesellschaft besitzen. Und so eine Einstellung führt wirtschaftlich nicht in die Zukunft. Eine starke Wirtschaft funktioniert nur, wenn Umwelt und Gesellschaft geachtet werden. Das ist Nachhaltigkeit.

» Der Fischotter ist eine Leitart für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland. «

Ulrich Stöcker, Leiter Naturschutz der DUH



Neue Wege für den Fischotter

Mit Steinen und Beton legen die DUH-Naturschützer künstliche Böschungen unter Brücken an, damit Fischotter sicher hindurch kommen. Ein Modellprojekt aus Thüringen, das Nachahmer in anderen Regionen anzieht

An der Salza in Nordhausen hat der Fischotter wohl nur darauf gewartet, dass der Weg unter den Brücken fertig war. Nur ein paar Wochen dauerte es, bis Sabrina Schulz vom DUH-Fischotter-Projekt die erste Markierung auf der neuen Natursteinböschung zwischen Fluss und Brückenpfeilern fand. Ein olivgrünlicher Haufen mit glänzenden Fischschuppen, strenger Geruch und strategisch platziert, damit Konkurrenten gleich erkennen: Hier lebt ein Fischotter.

Bis zum Umbau unter den Brücken von Nordhausen im Frühjahr 2015 floss die Salza wie durch ein Korsett an den Betonmauern der Brücke entlang. Für Fischotter unpassierbar, denn wenn kein Ufer vorhanden ist, schwimmen sie nicht unter Brücken hindurch. Otter laufen dann die Böschung hinauf, gehen über die Straße und auf der anderen Seite wieder hinunter in den Fluss.

Über die Brücken von Nordhausen brausen Laster und Autos über die westliche Ausfallstraße. Eine tödliche Gefahr für den unter Artenschutz stehenden Fischotter. Alle in Thüringen tot gefundenen Fischotter waren Opfer des Straßenverkehrs.

Der Fischotter wandert wieder nach Thüringen ein

Mit Unterstützung des Landes Thüringen und der Europäischen Union hat die DUH daher seit 2012 ein „Modellprojekt zum Schutz des Fischotters vor Straßenverkehr“ in Thüringen durchgeführt. Seit Mitte der 1990er Jahre wandert der Fischotter wieder an der Weißen Elster und der Pleiße ein, kommt über Saale, Unstrut und Werra bald auch in Gera, Ilm und den anderen Flüssen des Bundeslandes vor. „Das ist ein großartiges Comeback“, sagt Ulrich

Stöcker, Leiter der Abteilung Naturschutz bei der DUH. Seit 1974 galt der Fischotter in Thüringen als ausgestorben. „Der Otter ist ein Gradmesser für die Qualität der Gewässer“, sagt Ulrich Stöcker. Der Fischotter ist daher nicht umsonst auch das Wapentier des DUH-Programms „Lebendige Flüsse“, in dem die DUH Naturschutz und ökologischen Hochwasserschutz zu verbinden hilft.

Mit Gummistiefeln an den Füßen und Maßband in der Hand haben die Kollegen vom DUH-Projektbüro 642 Brücken in Thüringen untersucht. Mehr als die Hälfte sind Otter-tauglich. Doch 87 Brücken sind so gebaut, dass Otter sie nur unter Lebensgefahr überwinden können. Die haben sich Sabrina Schulz und die Fischotter-Experten genauer angeschaut, um die bestmögliche Lösung für die seltene Marderart zu finden.

Der Leitfaden für den Otter-gerechten Umbau

Fischotter (*Lutra lutra*) durchstreifen riesige Gebiete. In einer Nacht laufen und schwimmen sie spielend 10 oder 20 Kilometer in ihrem Revier, das Streifgebiet entlang eines Flusslaufs kann bis zu 90 Kilometer lang sein. Otter bewegen sich entlang von Bächen, Flüssen und Gräben, manchmal laufen sie aber auch über Land, um zu einem Gewässer zu gelangen. Da sie als Einzelgänger leben, treffen sich Rüden und Fähen zur Paarung. Die Weibchen ziehen die Jungen allein groß und vertreiben sie nach einem Jahr. Die Jungtiere wandern dann ab und suchen sich ein eigenes Revier.

Fischotter sind also hochmobil. Sabrina Schulz und ihre Kollegen haben modellhaft 17 Brücken in Thüringen so umbauen lassen, dass Otter darunter hindurch laufen. Mal wurde eine Böschung aus Steinen und Beton gebaut, so wie an der Salza, mal eine Art Mauer aus Beton gefertigt oder große Steine dicht an dicht gesetzt. Berme heißt so eine künstliche Böschung im Fachjargon, und Sabrina Schulz spricht spaßeshalber auch schon mal von der „Bermeologie“.

Die DUH-Naturschützer haben ihre Erfahrungen aus dem Bermen-Bau und dem Umgang mit Wasserbehörden und Grundstückseignern, Fischern und Tiefbauämtern in einem „Handlungsleitfaden für den ottergerechten Umbau von Brücken“ zusammengefasst. Sie

haben herausgefunden, dass auch Dachse, Biber, Füchse und sogar Rehe die Bermen nutzen. „Die Bermen als Wildtierkorridore tragen auch zur Verkehrssicherheit bei“, sagt Sabrina Schulz.

Einen Film hat die DUH auch über den Bermen-Bau drehen lassen und Projektmanagerin Sabrina Schulz und Ulrich Stöcker hoffen, dass auch andere Bundesländer der Bermeologie verfallen. Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern haben schon festgelegt, dass in den Bundesländern keine neuen Straßen und Brücken ohne die böschungartigen Bermen gebaut werden. Der Fischotter breitet sich seit kurzem glücklicherweise im Münsterland aus und wurde auch in Osthessen gesichtet. „Wir wollen dazu beitragen, dass der Otter bald wieder in allen Bundesländern vorkommt“, betont Ulrich Stöcker. „Der Fischotter ist eine Leitart für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Deutschland.“



» Dachse, Biber, Füchse und sogar Rehe laufen über die Fischotter-Wege unter den Brücken – sie tragen als Wildtierkorridore also auch zur Verkehrssicherheit bei. «

.....
Sabrina Schulz, Leiterin des Fischotter-Projekts





» Es geht darum,
die Wirtschaft
in Richtung Klimaschutz
zu transformieren «

Die Energiewende hat viel erreicht, doch Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich verändern.

„Kohlekraftwerke stillzulegen ist schwieriger als Atomkraftwerke – das geht nicht mit politischen Kampagnen“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Er bietet Politik und Industrie an, den Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren zu moderieren und einen politischen Konsens zu finden. Und er ist überzeugt: „Die Energiewende funktioniert nur mit der Wärmewende.“

Herr Müller-Kraenner, in der Energiewende konzentriert sich die Bundesregierung bislang auf den Stromsektor. Können mit dem Umbau der Energieversorgung die Klimaziele erreicht werden?

Sascha Müller-Kraenner: Nein, deswegen arbeiten wir bei der DUH an der umfassenden Dekarbonisierung der Wirtschaft. Wir machen konkrete Vorschläge für Kohlenstoffersparungen im Verkehrsbereich, in der Kreislaufwirtschaft, aber auch im Naturschutz, zum Beispiel durch die naturnahe Gestaltung von Flüssen und der Landwirtschaft. Als kritischer Umwelt- und Verbraucherschutzverband schauen wir genau hin, was im Klimaschutz passiert, geben Impulse und rechnen nach, ob die Bundesregierung ihr Ziel erreicht.

Wo sehen Sie die größte Aufgabe für Politik und Gesellschaft, um die Klimaziele zu erreichen?

Wir verlassen die Phase der leicht zu erreichenden Erfolge. Fortschritte erreichen wir in Zukunft nur durch transformative Sprünge. Das Problem ist jedoch, dass die Energieerzeuger, der Gebäudesektor und der Verkehrsbereich alle aufeinander verweisen und die Verantwortung auf den anderen

abschieben. Die drei Sektoren tragen aber den größten Teil zum CO₂-Ausstoß bei.

Den Energiebereich bearbeitet die Politik doch beständig, schon der Name Energiewende verrät es. Der Ausdruck hat es sogar ins Englische als „The Energiewende“ geschafft.

Es ist ein großer Erfolg für Deutschland, dass Klimaschutz und Energiewende beschlossen sind. Das ist ein Erfolg, auf dem man aufbauen kann – aber sich nicht ausruhen darf. Die Bundesregierung hat in der Energiewende vergessen, dass der größte Anteil des Stroms mit Kohle erzeugt wird. Der Kohlestrom aus Braunkohle ist sogar angestiegen, weil die Bundesregierung nicht rechtzeitig den Strommarkt so reformiert hat, dass die alten Braunkohlekraftwerke aus dem Markt gedrängt werden und nicht die modernen Gaskraftwerke.

.....
» Wir brauchen einen
nationalen Konsens über
den Ausstieg aus der
Kohle – deswegen bietet
die DUH der Politik und
der Wirtschaft immer
wieder den Dialog an. «
.....

Die DUH hat erfolgreich politisch und juristisch gegen Kohlekraftwerke gekämpft und den Neubau an vielen Orten verhindert.

Es war ja vollkommen absurd, dass es Ausbaupläne für Kohlekraftwerke gab, obwohl die Klimaziele beschlossen waren! Jetzt geht es jedoch darum, Kohlekraftwerke stillzulegen – das ist schwieriger und geht nicht ausschließlich auf dem Weg der politischen Kampagnen.

Was haben Sie vor?

Die DUH moderiert Fachgespräche mit allen Beteiligten, in denen wir im Dialog die Suche nach einem politischen Konsens befördern. Im Netzwerk Systemtransformation reden wir regelmäßig mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft. Wir haben uns in den Dialogrunden selbst ein enormes Fachwissen erarbeitet, haben aber auch jahrelange Erfahrung in der Organisation von gesellschaftlichen Dialogprozessen wie zum Beispiel beim Netzausbau. Wir haben schon mit mehreren Tausend Menschen über Stromtrassen diskutiert und sind am Ende in vielen Fällen zu einem Konsens gekommen. Ich bin überzeugt, dass sich dies auf die Transformation in den Kohleregionen übertragen lässt.

Und die Politik traut sich, die Kohleverstromung zu beenden?

Im Vergleich zum Atomausstieg führt der Ausstieg aus der Kohle zu viel stärkeren gesellschaftlichen und politischen Brüchen. Die Kohle hat ganze Landstriche kulturell geprägt. Deswegen bieten wir von der DUH immer wieder den Dialog an, um Vertreter aus Politik, Wirtschaft und den Verbänden an einen Tisch zu holen. Wir brauchen einen nationalen Konsens über den Ausstieg aus der Kohle.

Die Frage ist, ob die Menschen in den Kohleregionen ohne Kohle leben wollen.

Die Lokalpolitiker wissen alle, dass es mit der Kohle zu Ende geht, aber niemand traut sich, den Leuten das zu sagen. Alle schließen die Augen vor dem Ausstieg. Unser Ziel als Umweltverband ist, dass wir eher früher als später aus der Kohle aussteigen.

Es hängen mehr Arbeitsplätze an der Kohle, als je an der Atomkraft.

Der Ausstieg passiert nicht über Nacht. Wir müssen uns auf einen längeren Prozess vorbereiten und deswegen ist es wichtig, dass es verlässliche Signale gibt. Dann können wir beginnen, den Strukturwandel ökonomisch und sozial zu begleiten. Die Trendwende ist ja bereits eingeleitet. Jetzt brauchen wir einen langfristigen Plan, der über die Legislaturperiode hinaus hält. Der kann nur in einem gesellschaftlichen und über die Parteigrenzen hinausgehenden Konsens liegen.

Das wird eine Aufgabe für die nächsten 20 oder 30 Jahre. Lassen Sie uns noch einmal in die Gegenwart kommen. Was können wir jetzt für die Umsetzung der Klimaziele unternehmen?

Wir müssen den Energieverbrauch im Gebäudesektor senken. 40 Prozent der Emissionen stammen aus dem Gebäudebereich, seit 1990 hat sich da aber fast nichts getan, die Emissionen stagnieren auf hohem Niveau. Unter einem Prozent der Gebäude werden im Jahr in Deutschland energetisch saniert. Da kann man sich ausrechnen, dass es 100 Jahre dauert bis man einmal durch ist. So lassen sich Klimaziele nicht erreichen. Wir müssen also die Rate auf mindestens zwei Prozent erhöhen. Die DUH macht deshalb Druck, dass Hausbesitzer einen Energieausweis erstellen, dass die Zertifizierung von Baumaterialien vorankommt und die energetische Sanierung steuerlich abgeschrieben werden kann.

.....
» Der Siegeszug der Erneuerbaren muss sich bei der Wärmeerzeugung fortsetzen. Die Energiewende funktioniert nur mit der Wärmewende. «

Ist es denn sinnvoll, Häuser großflächig mit Styropor zu verkleben?

Die Produktpalette an Dämmmaterialien ist vielfältig. Wir achten darauf, was ökologisch am sinnvollsten und außerdem ökonomisch darstellbar ist. Neben Styropor, also Polystyrol, und Mineralwolle, fristen Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen leider noch ein Nischendasein. Sie haben bisher nur einen Marktanteil von sieben Prozent. Unser Ziel ist, dass

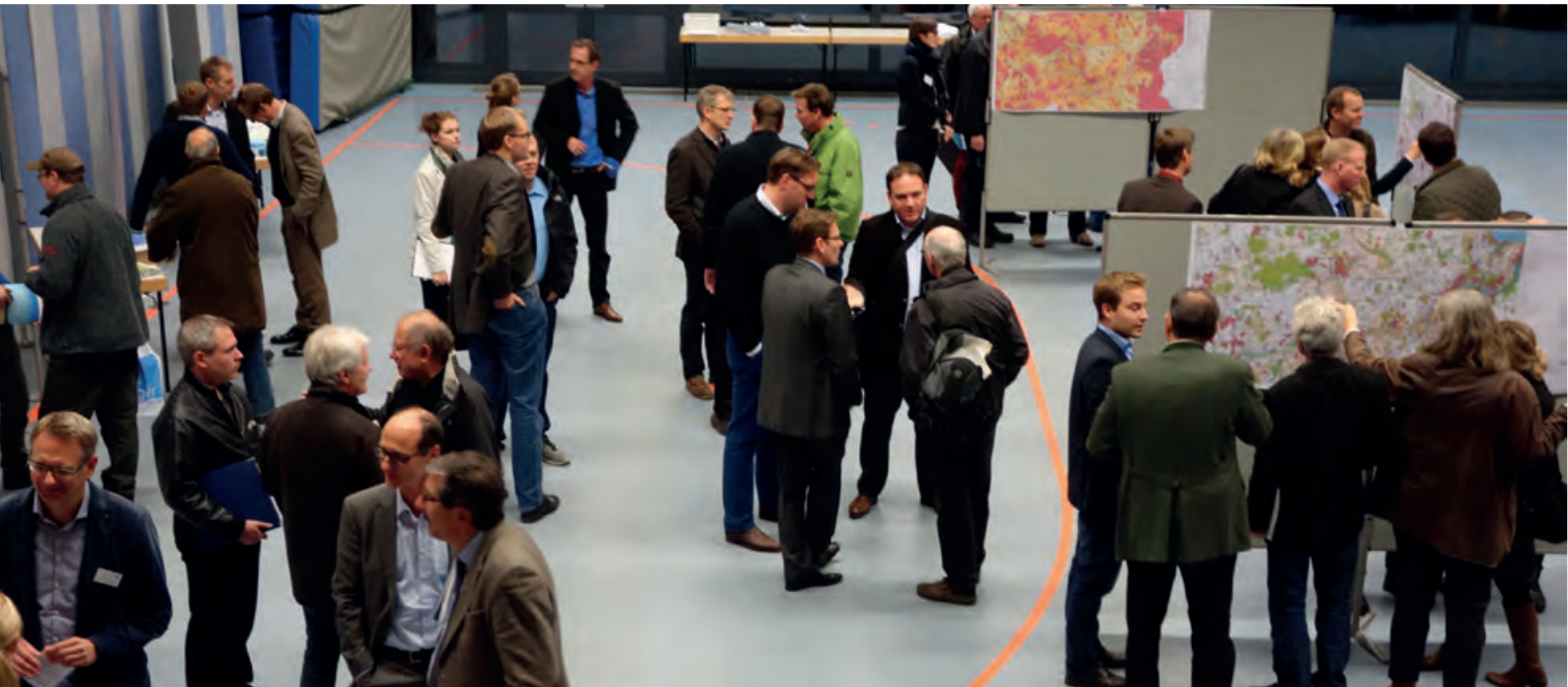
alle Dämmstoffe entsprechend ihrer Ökobilanz zertifiziert werden. Und wir wollen, dass der Markt unterschiedliche Dämmmaterialien anbietet, die eine hochwertige nachhaltige Sanierung für alle Gesellschaftsschichten und Geldbeutel ermöglicht.

Für Mieter von Wohnungen rechnet sich die Dämmung des Hauses oft nicht.

Fakt ist, dass sich energetische Sanierung langfristig rechnet. Die Regierung muss dafür sorgen, dass Hausbesitzer nur die energetisch verursachten Kosten auf die Miete umlegen und nicht alle Sanierungskosten. Hier muss die Politik mit gezielten Fördermaßnahmen eingreifen, so dass die klimagerechte Sanierung auch „umweltgerecht“ und sozialverträglich erfolgt. Der Mieterbund und die Gewerkschaften gehören hier zu unseren Dialogpartnern.

Nichts wurde so stark gefördert wie die Erneuerbaren Energien. Warum merkt man davon nichts in der Gebäudesanierung?

Die DUH bemängelt seit langem, dass bisher nur bei Neubauten der Einsatz Erneuerbarer Energien vorgeschrieben ist. Das größere Potenzial liegt in der Altbausanierung. Der Siegeszug der Erneuerbaren muss sich bei der Wärmeerzeugung fortsetzen. Der Staat muss gezielt fördern und Anreize schaffen, um hocheffiziente Technologien zur Wärmeversorgung mit Erneuerbaren Energien in die Gebäude zu bringen. Baden-Württemberg zeigt wie es geht: Dort gibt es eine Verpflichtung, die Erneuerbaren auch in der Sanierung einzusetzen. Denn klar ist, dass die Energiewende nur mit der Wärmewende funktioniert.



Wir vermitteln die Energiewende!

Der Umbau der Stromversorgung bringt Konflikte ins Land. Die DUH moderiert und findet Kompromisse im Gespräch mit tausenden Menschen. Wir finden: Reden und zuhören sind die erfolgreichste Art, die Bürgerinnen und Bürger von der Energiewende zu überzeugen

■ Ein erklärtes Ziel der DUH ist, die Energiewende voran zu treiben. Wir scheuen dabei nicht, uns in Wirtschaft, Politik, Verbänden und bei Bürgerinitiativen auch mal unbeliebt zu machen. Denn wir sind überzeugt, dass der energetische Umbau der Stromversorgung wichtiger ist, als das Beharren auf Befindlichkeiten.

Wir sprechen deshalb mit allen gesellschaftlichen Akteuren, die beim Aus- und Umbau der Energieversorgung dabei sind. Da die Energiewende jeden betrifft, bringen wir Menschen entlang des geplanten Stromnetzes mit Planern zusammen und erklären den Bürgern warum die Energiewende neue Leitungen braucht. Wir bringen Naturschützer und Netzbetreiber an einen Tisch, vermitteln zwischen Bürgermeistern und Ministerien und helfen auch beim Dialog über alternative Strecken für den Stromnetzausbau. Zwischen allen Stühlen ist da viel Platz. Die Glaubwür-

digkeit der DUH speist sich jedoch genau daraus. Die Stadtwerke Mainz AG beauftragte uns 2011 mit der Moderation eines Dialogprozesses über den geplanten Bau eines Pumpspeicherkraftwerks (PSW) im Mittleren Rheintal. Ein spannender Prozess, den wir von Beginn an ausdrücklich ergebnisoffen geführt haben.

.....

Die DUH spricht mit allen gesellschaftlichen Akteuren – deshalb sind wir glaubwürdig

.....

Wir moderieren den Dialog zwischen den Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Stadtwerken, Gutachtern und den Bürgerinnen und Bürgern. Der Erfolg des Dialogs besteht unter anderem darin, dass er frühzeitig, nämlich noch vor Einleitung

förmlicher Verfahren begonnen hat. Mittlerweile ist das dem Zulassungsverfahren vorgelagerte Raumordnungsverfahren abgeschlossen und die Vorbereitungen für das Planfeststellungsverfahren haben begonnen.

Ein wesentlicher Erfolg nach vier Jahren ist, dass die Vertreter der Stadtwerke, Gutachter und Verbändevertreter auf Augenhöhe miteinander diskutieren. Sie nehmen sich gegenseitig ernst und arbeiten konstruktiv an Lösungen fachlicher Konflikte. Es besteht ein umfassendes gegenseitiges Vertrauen und eine hohe Kooperationsbereitschaft hat sich über die Jahre entwickelt. Das zahlt sich inhaltlich im Sinne des Naturschutzes aus: Das geplante PSW ist in seiner Größe deutlich reduziert worden und das Oberbecken räumlich so verschoben, dass es sensible Naturschutzgebiete weniger berührt als ursprünglich geplant. Der

Umfang der in den förmlichen Verfahren erforderlichen Untersuchungen sind in einzelnen Punkten auf Anregung der Verbände erweitert worden. Den Dialog führen wir weiter, da er bisher sehr erfolgreich war und der Wunsch bei allen Beteiligten besteht, ihn fortzusetzen.

.....

» Entscheidend für den Erfolg der Bürgerdialoge ist, dass man den Leuten die Wahrheit sagt. «

Peter Ahmels, Leiter Energie und Klimaschutz

.....

Die DUH nennt die Dinge beim Namen. Wir fordern die Unternehmen und die Politik auf, aus der Kohlenutzung geordnet auszusteigen. Den Kohle-Kompromiss zwischen Regierung und Energieversorgern halten wir für falsch. Die Koalition aus CDU/CSU und SPD stellt damit wieder einmal die Interessen der Kohleindustrie über den Klimaschutz. Sie zögert den notwendigen Ausstieg aus der Kohle-Verstromung raus und nimmt damit die beschlossene Energiewende nicht ernst. Denn jährlich müssten die Energiekonzerne 22 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, die sogenannte Kapazitätsreserve bringt gerade mal die Hälfte. Woher die weiteren zu vermeidenden elf Millionen Tonnen CO₂ kommen sollen, ist schleierhaft. „Die Bundesregierung entlässt den Stromsektor aus seiner Pflicht“, sagt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH.

Die DUH fordert aber auch die Bürger auf, ihren Teil der Verantwortung für die gesellschaftlich akzeptierte und politisch beschlossene Energiewende zu übernehmen. Deutschland hat sich aus gutem Grund für die Energiewende entschieden – nun muss sie auch umgesetzt werden. Die DUH führt daher überall im Land Gespräche mit den Menschen entlang der geplanten Stromtrassen. „Entscheidend für den Erfolg der Bürgerdialoge ist, dass man den Leuten die Wahrheit sagt“, hat Peter Ahmels festgestellt, Leiter des Bereichs Energie und Klimaschutz der DUH. „Wenn die Menschen verstehen, warum

Leitungen gebaut werden, tolerieren sie sie eher.“

Ahmels und sein Team haben das Strategiepapier Plan N für den Umbau der Stromnetze in einem mehrjährigen Dialogprozess entwickelt. Dabei haben sie die Positionen von Stromnetzbetreibern und Bürgerinitiativen gegen den Leitungsbau, von Verbänden und Energieversorgern solange diskutiert und ausgelotet, bis sie einen Konsens fanden. Plan N 2.0 macht Vorschläge für den Einsatz von Freileitungen und Erdkabeln, gibt Empfehlungen für den Naturschutz und rät zu einer umfassenden Bürgerbeteiligung.

Die Empfehlungen an die Politik aus Plan N 2.0 in die Praxis umgesetzt haben Peter Ahmels und sein Team für das Energiewendeministerium Schleswig-Holstein. Entlang der geplanten Höchstspannungs-Trassen an Nord- und der Ostseeküste haben sie tausenden Bürgerinnen und Bürgern die Pläne für die neue Vernetzung erklärt.

Der Dialogprozess zur Westküstenleitung gilt als Vorbild für den bundesweiten „Bürgerdialog Stromnetz“. Gemeinsam mit Partnerorganisationen hat die DUH eine Ausschreibung des Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gewonnen und führt nun vor allem vor Ort das Gespräch über den Netzausbau. Peter Ahmels und die dialogerfahrenen Mitarbeiterinnen aus dem Energie-Team und den Partnerorganisationen werden nun in ganz Deutschland Bürgerkonferenzen organisieren. Sie informieren über das Für und Wider von Freileitungen gegenüber Erdkabel, bringen Fachleute aus der Planung und der Landschaftsökologie aufs Podium, damit sie die Fragen der Bürger beantworten. Sie machen also das was die DUH besonders gut kann: Konflikte moderieren und einen Konsens finden.





Saubere Luft für unsere Städte!

Was hinten rauskommt, zählt – das ist im Falle der Diesel-Abgase gar nicht lustig, denn die Emissionen aus Diesel-Motoren schädigen Mensch und Natur. Die DUH legt seit 2007 Beweise für die Grenzwertüberschreitungen der Autokonzerne vor. Acht Jahre lang ignorierten alle Bundesverkehrsminister die Hinweise und verweigerten die Nachkontrolle.

■ Der Abgas-Betrug bei Volkswagen und anderen Autoherstellern hat weitreichende Folgen für Industrie und Politik. Den unmittelbaren Schaden haben Mensch und Umwelt, denn Gesundheit und Natur leiden unter den Schadstoffen aus Dieselmotoren. Die Deutsche Umwelthilfe wird die Aufarbeitung des Skandals sehr genau beobachten. Klar ist: Eine Rückkehr zum unkontrollierten Gesetzesverstoß nehmen wir nicht hin.

Die DUH weist die Bundesregierung seit 2007 darauf hin, dass der reale Spritverbrauch und die Abgaswerte von den Angaben der Hersteller abweichen. Nachdem acht Jahre lang alle Hinweise ignoriert wurden, spitzte die DUH ihre Argumente zu und startete die Kampagne „Diesel-Abgase töten“ auf der Internationalen Automobilausstellung IAA im September. Just einen Tag bevor das Vorgehen der US-Behörden gegen den

VW-Betrug hierzulande bekannt wird, hat die DUH zum wiederholten Male darauf hingewiesen, dass die deutschen Autokonzerne nicht die Grenzwerte für Diesel-Abgase einhalten.

.....
Die DUH wird die Aufarbeitung des Abgas-Betrugs genau beobachten. Klar ist: Eine Rückkehr zum unkontrollierten Gesetzesverstoß nehmen wir nicht hin
.....

Seit Jahren stellen wir außerdem fest, dass die Werte von Stickoxiden und anderen verkehrsbedingten Emissionen

aus Diesel-Fahrzeugen in Städten und Ballungsgebieten steigen. Die Luft wird also schmutziger, obwohl die Autos angeblich sauberer werden. Diesen Widerspruch hätten Regierung und Behörden bemerken können, denn die Daten liegen auf dem Tisch.

Die Deutsche Umwelthilfe hat 2007 das Recht auf saubere Luft beim Europäischen Gerichtshof eingeklagt. Für dieses Grundrecht setzt sich die DUH als klageberechtigter Umwelt- und Verbraucherschutzverband in Deutschland seit Jahren mit allen Mitteln ein. 2015 haben wir wieder zwei maßgebliche Urteile in Hessen für die Verbesserung der Luft erreicht. Für die hochbelasteten Städte Limburg und Offenbach muss das hessische Umweltministerium neue Luftreinhaltepläne erstellen.

Die bisherigen Luftreinhaltepläne für die Städte sind „inhaltlich ungeeignet und

den gesetzlichen Anforderungen nicht entsprechend“ hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden in beiden Urteilen zu den Klagen der DUH bestätigt. Die Pläne ließen „kein Bemühen erkennen“ den seit Januar 2010 EU-weit geltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm ($40 \mu\text{g}/\text{m}^3$) Stickstoffdioxid einzuhalten. Das Gericht schreibt: „Das zentrale Ziel der Festsetzung der Grenzwerte und der zur Einhaltung der Grenzwerte notwendigen Luftreinhalteplanung ist der Schutz der menschlichen Gesundheit. Um dieses Ziel schnellstmöglich zu erreichen, müssen gegebenenfalls finanzielle und wirtschaftliche Aspekte zurückstehen.“

.....

**Die Luft wird schmutziger,
obwohl die Autos angeblich
sauberer werden. Diesen
Widerspruch hätten Behörden
bemerken können, denn die
Daten liegen auf dem Tisch**

.....

Limburg und Offenbach sind nur zwei von unzähligen Städten, in denen insbesondere Diesel-Fahrzeuge die Luft verschmutzen. Jährlich sterben in Deutschland etwa 70.000 Menschen frühzeitig aufgrund der Luftbelastung. Für Europa rechnet die EU mit ca. 400.000 vorzeitigen Todesfällen im Jahr. Die Stickoxide sind gesundheitsgefährlich, schädigen Pflanzen, überdüngen und übersäuern die Böden. Deshalb hat die EU schon vor zehn Jahren beschlossen, den Ausstoß von Stickoxiden aber auch von Schwefeldioxid, Ammoniak und flüchtigen organischen Verbindungen zu begrenzen. Die gesundheitsgefährdenden Stoffe in der Luft stammen nicht alle aus dem Verkehrssektor, sondern auch aus der Industrie und der Landwirtschaft. Die DUH erinnert daher die Bundesregierung beständig daran, ihre Verantwortung für Mensch und Umwelt ernst zu nehmen und sich für eine ambitionierte Weiterentwicklung der Grenzwerte sowie eine effektive Umsetzung der geltenden Gesetze einzusetzen.

Chronologie des politischen Versagens im Abgas-Betrug

- » **September 2007:** Eröffnung der „Grünen IAA“. Zeitgleich tritt die EU-Verordnung für Euro 5 und 6 Fahrzeuge in Kraft. Diese fordert die Funktionstüchtigkeit der Abgasreinigung und erklärt „Abschalteinrichtungen“ für unzulässig. Im selben Jahr entscheidet sich der Volkswagen-Konzern für eine Betrugs-Software: Ein Fahrzeug erkennt damit den Prüfzyklus und simuliert dann die Einhaltung der Emissionsvorschriften. VW spart so Kosten bei der Abgasreinigung, die Motoren sind leistungsstärker. Aber: Die Stickoxid (NO_x)-Emissionen liegen bis zu 40-fach über dem gesetzlichen Grenzwert.
- » **12. September 2007:** Die DUH veröffentlicht Tricks der Autokonzerne bei der Ermittlung von Abgaswerten und Spritverbrauch und fordert von Kraftfahrtbundesamt (KBA) und Umweltbundesamt (UBA) eine Offenlegung aller Prüfberichte. Ohne Erfolg.
- » **Februar 2009:** Die Autohersteller wollen die Diesel-Abgasuntersuchung für neuere Fahrzeuge abschaffen und ab 2010 ausschließlich auf die „on board diagnostic (OBD)“ setzen. Für ein Gespräch mit der DUH hat Verkehrsminister Tiefensee keine Zeit. Trotz Protesten der DUH wird die Endrohrprüfung in Deutschland für Fahrzeuge mit OBD abgeschafft.
- » **9. Februar 2010:** DUH bittet den neu berufenen Verkehrsminister Ramsauer um ein Gespräch. Er hat keine Zeit.
- » **10. Februar 2011:** Auf Nachfrage gibt die Arbeitsebene des Bundesverkehrsministeriums zu, das Problem der Zykluserkennung (= Abschalteinrichtung) zu kennen. Die DUH fordert erneut die Nachkontrolle der Hersteller-Werte durch das KBA. Ohne Erfolg.
- » **19. Juli 2011:** Die DUH beauftragt das ADAC Prüfzentrum, einen BMW 116i zu testen. Im ADAC Autobahntest steigen die NO_x -Emissionen um das 30-fache des gesetzlichen Grenzwerts. Trotz großem Medienecho reagieren Ministerium und KBA nicht.
- » **11. Juli 2012:** Die DUH schlägt Umweltminister Altmaier vor, eine vom KBA unabhängige Institution einzurichten, die an das UBA angehängt ist. Bürger sollen dort Spritmehrverbräuche melden können. Telefonisch antwortet das Ministerbüro: Man will keinen Ärger mit dem Verkehrsministerium und verfolgt den Vorschlag nicht weiter.
- » **13. Mai 2013:** Eine neue DUH-Auswertung zeigt: Die Abweichungen beim CO_2 -Ausstoß und damit Spritverbrauch sind seit 2001 auf 42 Prozent angestiegen.
- » **19. März 2014:** Die DUH weist Umweltministerin Hendricks auf hohe NO_x -Emissionen bei Stadtbussen insbesondere der Marke EvoBus (Daimler) hin.
- » **Am 19. März 2015** antwortet die Ministerin, dass die „Emissionsminderungen [...] insgesamt jedoch hinter den Erwartungen zurückblieben“. Dennoch ist sie der Auffassung: „Nach hiesigem Kenntnisstand erfüllen die Hersteller [...] die Anforderungen der EU-Abgasvorschriften, so dass keine rechtliche Handhabe besteht, um technische Verbesserungen am Fahrzeug zu ‘verlangen‘.“
- » **24. Februar 2015:** Auf Einladung der DUH besucht der ehemalige kalifornische Umweltminister James Strock Berlin. Strock erläutert in einem Parlamentarischen Abend die Praxis der Überprüfungs-messungen in Kalifornien und Washington sowie Ermittlungen und Sanktionen gegen Daimler und BMW. Die Bundesregierung bleibt inaktiv.
- » **17. September 2015:** Die DUH protestiert auf der IAA und veröffentlicht Werte moderner Euro 6-Diesel: Sie weichen im realen Fahrbetrieb um das 7,1-fache vom NO_2 -Grenzwert ab.
- » **18. September 2015:** Der Betrugsskandal in den USA wird bekannt. Bundeskanzlerin, Bundesverkehrsminister und die Bundesumweltministerin erklären, jetzt erstmals vom Problem zu hören.

Normen und Grenzwerte für Autos gibt es bereits. Für neue Diesel-Autos gilt die Abgasnorm Euro 6. Der Abgasskandal bei Volkswagen zeigt jedoch, dass die Autoindustrie sich nicht um Grenzwerte, Gesundheit oder Klimaschutz kümmert. Denn VW ist nicht allein. Die DUH hat nach Bekanntwerden des VW-Betrugs festgestellt, dass auch Messungen eines Opel Zafira Auffälligkeiten zeigen, die eine hohe Überschreitung der Grenzwerte im realen Betrieb vermuten lassen.

Wir haben die Berner Fachhochschule in der Schweiz beauftragt, die Stickoxid-Emissionen zu messen. Das Auto zeigt unterschiedliches Emissionsverhalten je nachdem, ob zwei oder vier Räder auf dem Prüfstand bewegt werden. Die Emissionen liegen in einzelnen Testabläufen bis 17-mal höher, als für Euro 6 zulässig.

Umweltfreundlich heizen – das EU-Projekt Clean Heat

Kamine und Holzöfen verbreiten eine gemütliche Wärme im Haus. In der Umwelt sind sie jedoch für große Mengen Feinstaub verantwortlich. Die sogenannten Holzfeuerungsanlagen stoßen allein in Deutschland 28 Kilotonnen Feinstaub PM10 im Jahr aus. Damit übertreffen Holzfeuerungsanlagen in Haushalten und Kleingewerbe die Feinstaubemissionen aus den Motoren von Autos, Lastern und Motorrädern.

Vor allem alte Anlagen sind echte Dreckschleudern. Die Hälfte der Holzheizungsanlagen hierzulande ist älter als 20 Jahre – und verursacht zwei Drittel der Emissionen. In anderen europäischen Ländern sieht es nicht besser aus. Mit unserem dänischen Partner Danish Ecological Council werden wir daher in den nächsten drei Jahren die Verbraucher über das saubere Heizen mit Holz aufklären. Die EU fördert unser europäisches Projekt Clean Heat.

Wir wollen schadstoffärmeren Öfen den Weg bereiten, sprechen die Öffentlichkeit an, entwickeln Broschüren, eine Ausstellung und einen Film, der über die Klima- und Umweltbelastungen von Holzfeuerungsanlagen aufklärt. Die Deut-



sche Umwelthilfe hat sich in Deutschland sowie in anderen europäischen Ländern einen hervorragenden Ruf als Moderatorin von komplexen Themen erarbeitet. Unsere Kompetenz und unsere Kontakte nutzen wir auch im Projekt Clean Heat. In Fachgesprächen werden wir mit Vertretern aus Industrie, Politik, Wissenschaft und Verbänden die Verbesserungen der

Situation ausloten. Damit das Heizen mit Holz gemütlich bleibt und sauber wird.



»Die Technik für saubere Luft gibt es«



Menschen in Städten und Ballungsräumen leiden unverändert unter hoher Belastung der Luft durch gesundheitsgefährdende Dieselabgase. Dorothee Saar, Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung, fordert Kommunen und Regierung auf, das Recht auf saubere Luft umzusetzen

Die Autokonzerne halten sich nicht an die Gesetze für den Umwelt- und Klimaschutz. Welche Folgen hat das für die Luftreinhaltung?

Dorothee Saar: In vielen Städten werden aufgrund der hohen Emissionen aus dem Straßenverkehr die Grenzwerte für die Luftqualität seit Jahren überschritten. So steigen die Belastungen mit Feinstaub und Stickoxiden dort, wo die meisten Menschen leben und arbeiten. Die Autoindustrie hat nicht geliefert, was rechtlich vorgeschrieben ist. Die Luftreinhaltepläne vieler Kommunen sind davon ausgegangen, dass die Belastung durch verbesserte Abgasreinigung zurückgeht, das ist ein Trugschluss.

Warum sind Ministerien und Behörden nicht in der Lage, wirksame Luftreinhaltepläne zu erstellen?

Zum Teil ruht man sich auf den Erwartungen für saubere, moderne Fahrzeuge aus. In vielen Fällen werden schon im Planungsprozess neue Ideen abmoderiert, anstatt alles auf den Tisch zu bringen, zu analysieren und erst dann die wirksamen Maßnahmen umzusetzen.

Welche Maßnahmen sind das?

Ein Beispiel ist die Ertüchtigung der öffentlichen Busflotte. Busse mit Elektroantrieb können

sich die Kommunen nicht in großen Stil leisten. Aber sie können Diesel-Busse nachrüsten, auch wenn das Euro V Busse sind. Wir wissen, dass auch bei Fahrzeugen dieser Schadstoffklasse die Stickoxidausstoß-Emissionen höher sind als zulässig. Da lohnt sich ein detaillierter Blick, denn saubere Busse sind ein wichtiger Teil nachhaltiger Verkehrskonzepte.

Und mit einer Nachrüstung bekommen sie die Stickoxid-Emissionen runter auf den Grenzwert?

Ja, oft ist ein Katalysator, eine sogenannte SCR Anlage vorhanden, der aber nicht wirksam ist, weil im Stopp-and-Go die erforderliche Abgastemperatur nicht erreicht wird. Mit einer einfachen Nachrüstung kann man dies beheben.

Die DUH fordert, dass die Umweltzonen auf Stickoxide ausgeweitet werden. Hineinfahren dürfen dann nur Fahrzeuge mit einer Blauen Plakette.

Euro 6 darf nicht nur in den Fahrzeugpapieren stehen, die Fahrzeuge müssen die Norm auch im realen Leben einhalten. Die Real Driving Emissions sind auf der Straße messbar, das kann jedes zertifizierte Institut machen. Und wenn man weiß, dass der Diesel die Hauptquelle in hochbelasteten Gebieten ist, dann muss man eben auch sagen: Hier fährt kein Diesel mehr rein, der nicht wirklich sauber ist.

Die Autoindustrie sagt, dass die Grenzwerte zu hoch sind.

Selbst große SUVs schaffen im Normalbetrieb die US-Grenzwerte von 31 Milligramm. Das ist deutlich über den europäischen Grenzwerten von 80 Milligramm. Die Autoindustrie kann die Grenzwerte einhalten, das zeigen alle Tests. Es ist keine Frage der Technik, die ist vorhanden. Aber sie kostet eben Geld.

Mehr als 40 Prozent weicht der Spritverbrauch von dem ab, was die Hersteller angeben.

Manche Hersteller sagen, dass sie nicht gleichzeitig Abgase und Verbrauch reduzieren können. Man kann aber nicht Gesundheitsschutz und Klimaschutz gegeneinander ausspielen. In modernen Fahrzeugen steckt viel Potenzial, um den Verbrauch und die CO₂-Emissionen zu senken, dazu muss man nicht auf wirksame Abgasreinigung verzichten.



Wildnis schafft Chancen

Am Stettiner Haff entwickelt die DUH Konzepte für die wirtschaftliche Nutzung der Wildnis. Im Diskussionsforum Ökosystemleistungen treiben die DUH-Naturschützer voran, was sie im Oder-Delta praktisch umsetzen. Sie zeigen: Die Wildnis ist ein Pfund

■ Die Safari rund ums Stettiner Haff geht los. Ein Jahr lang haben die DUH-Naturschützer die wilde Natur an der Mündung der Oder in die Ostsee erkundet, haben mit den Tourismusverbänden auf deutscher und polnischer Seite des Haffs geredet, mit Hoteliers, Landbesitzern, Fischern, Jägern und den anderen Bewohnern der Haff-Region in beiden Ländern gesprochen.

Ihre anfängliche Skepsis ist der Begeisterung für die neuen Möglichkeiten in der extrem dünnbesiedelten Region gewichen. Rund 40.000 Hektar auf deutscher und auf polnischer Seite des Haffs könnten der Natur überlassen und damit als neue Wildnis entwickelt werden. Die Menschen ziehen sich zurück, nutzen die Flächen nicht mehr und machen Platz für die neue Wildnis.

Eine kühne Vision treibt die DUH, will sie doch die Wildnis am Haff entwickeln und damit den Menschen vor Ort neue Einkommen verschaffen: Naturbegeisterte Besucher gehen rund um das Stettiner Haff auf Safari

Die einzigartige Natur zwischen Buchenwäldern und Ostsee, Mooren, Heidelandschaften und im Wasser stehenden Auwäldern haben die internationale Initiative Rewilding Europe überzeugt. Das Stettiner Haff ist die erste und einzige Region Deutschlands, die die Naturschützer von Rewilding Europe als neue Wildnis in ihr europaweites Programm

aufgenommen haben. Das „Oder-Delta“ steht damit auf gleicher Stufe wie die Naturräume der Karpaten in Rumänien oder der Extremadura in Spanien. Kein Wunder, denn das Gebiet rund ums Haff gehört zu den ökologisch wertvollsten Regionen Mitteleuropas mit enorm hoher Artenvielfalt. Zehn Wildnisregionen in Europa sucht Rewilding Europe bis 2022, das Oder-Delta ist das achte Gebiet.

Seeadler streifen über Wasserläufen, Biber bauen an der Wildnis, Elche ziehen durch und auf polnischer Seite können Besucher Wisente und wild lebende Konik-Pferde in freier Natur erleben. „Die großen Sieben“ nennt DUH-Naturschutzleiter Ulrich Stöcker die beeindruckenden Wildtierarten. Hinzu kommen Wolf, Baltischer Stör und die Kegelrobbe in der nahen Pommerschen Bucht. „Die Tiere sind lebende Symbole unseres europäischen Naturerbes“, sagt Ulrich Stöcker. „Wer sie sieht und ihre

Anwesenheit am Haff spürt, wird durch die Natur inspiriert nach Hause fahren und einen neuen Blick auf die Natur haben.“

Die neue Wildnis stärkt die biologische Vielfalt

Die Natur eröffnet neue Sichtweisen und neue Möglichkeiten. Nach den guten Erfahrungen der Wildnisentwicklung am Stettiner Haff haben die DUH-Naturschützer die Bergbaufolgelandschaften in der Lausitz erkundet. Im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz begutachten sie die Seen, Steppen und Buschlandschaften, die nach dem Braunkohletagebau entstanden sind. Der Boden ist dort ständig in Bewegung, rutscht, reißt Krater auf, neue Löcher und Seen entstehen. Die Natur macht, was sie will, und schafft selbst eine Wildnis, die eine Chance für die biologische Vielfalt in Deutschland bedeutet. Denn die Bundesregierung will zwei Prozent der Fläche Deutschlands bis 2020 der Natur überlassen und als Wildnis entwickeln.

Die Natur macht in der Lausitz was sie will und schafft selbst eine neue Wildnis. Die DUH zeigt auf, welche große Chance dies für die biologische Vielfalt in Deutschland bedeutet

.....

Die Wildnis bietet in der Lausitz auch die Chance, Geld zu sparen. Mindestens 33.000 Hektar müssten für Unsummen saniert werden, damit sich eines Tages wieder Menschen in der Landschaft sicher bewegen können. Wohnen wird dort niemand mehr. In der neuen Wildnis können deshalb Schachtelhalm und Algen den Boden bereiten, Azurjungfer, Regenpfeifer und Wechselkröte einziehen und den Wolf willkommen heißen.

Wildnis ist ein Kapital

Wildnis spart nicht nur Kosten, Natur ist auch ein Kapital. Wie die Natur in Wert gesetzt werden kann, diskutiert

die DUH mit Vertretern aus Forschung, Wirtschaft, Naturschutz und Finanzwelt. Als festen Rahmen gründete die DUH mit dem Unternehmensnetzwerk Biodiversity in Good Company, dem Deutschen Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung und dem Helmholtz Zentrum für Umweltforschung das „Diskussionsforum Ökosystemdienstleistungen“. Ziel ist, die Ökosysteme und ihre gratis erbrachten Leistungen wie saubere Luft und Wasser neu zu betrachten und ihren Wert für die Volkswirtschaft und die Gesellschaft deutlich zu machen.

Die DUH führt damit die Debatte weiter, die der frühere Investmentbanker Pavan Sukhdev mit der TEEB-Studie angestoßen hat. Für die Bundesregierung und die EU-Kommission hatte Sukhdev die Kosten der Naturzerstörung aufgelistet und den Wert des Erhalts von Ökosystemen wie Korallen oder Fischbeständen errechnet. Im Diskussionsforum Ökosystemleistungen treiben die DUH-Naturschützer voran, was sie im Stettiner Haff praktisch umsetzen. Sie zeigen: Die Wildnis ist ein Pfund.





Freiraum für Natur und Mensch in der Stadt

Ein Gemüsegarten auf einem früheren Parkplatz, ein Blaues Klassenzimmer am Bach, der früher nur ein Abwasserkanal war – die DUH stellt Modelle für Umweltgerechtigkeit in Städten vor. Und wir zeichnen die grünsten, abwechslungsreichsten, tollsten Schulhöfe aus, denn dort lernen Kinder für das Leben

■ Bäume, Büsche, bewachsene Flächen steigern die Lebensqualität der Menschen in den Städten. Doch gerade in ärmeren Stadtteilen und den sogenannten sozialen Brennpunkten fehlen oft ausreichende Grünflächen. „Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille – der Nutzen von städtischem Grün sollte allen gesellschaftlichen Gruppen zu Gute kommen“, sagt Robert Spreter, Leiter der Abteilung Kommunaler Umweltschutz.

Im Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt“ machen wir die guten Beispiele von Stadtteilen auf dem Weg zu mehr Umweltgerechtigkeit bekannt. Wir wollen Städte und Stadtviertel ermuntern, die Modellprojekte nachzumachen. Ganz wichtig für den Erfolg ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner die Chance haben, über die Entwicklung im Quartier mitzubestimmen und Projekte selbst um-

zusetzen. Für den Umbau zu mehr Umweltgerechtigkeit eignen sich besonders gut die Grünflächen zwischen den Häusern und Straßen.

.....
„Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille“

Robert Spreter,
Leiter Kommunaler Umweltschutz

.....
Deutschlandweit gibt es gute Beispiele für soziale und grüne Quartiersentwicklungen. Viele basieren auf der Förderung des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt, von denen wir drei als Modellquartiere ausgesucht haben. Eines der Modellquartiere ist Stöcken in Hannover. In

Workshops haben Kinder ihre Fantasien in Modellbauten umgesetzt, Senioren haben ihre Gedanken bei Spaziergängen durch das Viertel geteilt und die Vertreter der Wohnungswirtschaft sich über das Quartier ausgetauscht. Aus all den Ideen sind unterschiedliche Projekte entstanden: Die privaten grünen Hinterhöfe wurden für alle Menschen geöffnet, neue Wege zum Bach angelegt, naturnahe Spielorte wurden gebaut und Bäume an den Straßen gepflanzt.

Ein weiteres vorbildliches Viertel ist der Schöneberger Norden in Berlin. Freiflächen gibt es im dicht bebauten Innenstadtbereich kaum, dafür werden aber die Potenziale effizient genutzt. So ist zum Beispiel der PallasPark entstanden. Auf einem versiegelten Parkplatz wurden einst Drogen verkauft. Heutzutage baut die multikulturelle Gemeinschaft des Pallas-Kiezes dort Gemüse an und die Kinder

spielen im Freien. Eine Bewohnerinitiative begleitete den Umbauprozess und gründete 2014 den Verein PallasGärten.

Das dritte Modellquartier ist Gladbeck-Brauck, ein vom Bergbau geprägter Stadtteil im Ruhrgebiet. Hindurch fließt der Hahnenbach, einst ein eingezäunter Abwasserkanal, der nun ein sauberer Bach ist. Die Natur atmet auf, die Menschen freuen sich wieder an ihrem Stadtteil. Unter dem Motto „Unser Hahnenbach“ entstanden unter Beteiligung der Anwohner viele Ideen und mündeten z.B. in einem Wassererlebnispfad mit dem Blauen Klassenzimmer als einer von vielen Stationen für Umweltbildung am Ufer.

Vorbilder für grüne und soziale Stadtentwicklung

Die Modellquartiere zeigen, wie wichtig die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung ist. Neue Kommunikations- und Kooperationsformen innerhalb der Verwaltung entscheiden über den Erfolg, ebenso wie das Gespräch der Städte mit Vereinen, Initiativen oder Wohnungsbaugenossenschaften. Mit dem Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt“ arbeiten wir daran, dass die Kommunen in ganz Deutschland von den Erfahrungen der Modellprojekte lernen.

Wie sich Zivilgesellschaft und Kommunen in Städten und Quartieren für die Umweltgerechtigkeit engagieren können, hat die DUH auch in dem Handlungsleitfaden „Lebenswerte Stadtquartiere durch Umweltgerechtigkeit“ zusammengefasst. Die Broschüre nimmt die Herausforderungen in den Blick, denen Kommunen und die Gesellschaft beim Thema Umweltgerechtigkeit gegenüberstehen. Außerdem stellen wir gelungene Beispiele vor. Schlüsselfaktoren für erfolgreiches Handeln sind „Beteiligung, Kooperation und äußere Rahmenbedingungen“. Die Themen „Stadtentwicklung, Grün im Stadtquartier, Energiegerechtigkeit sowie Verkehr und Lärm“ werden beleuchtet.

Die Broschüre finden Sie unter www.umweltgerechtigkeit-kommunen.de.

Der Schulhof der Zukunft

Ein kleiner aber entscheidender Raum ist der Schulhof. Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit in der Schule und lernen auch auf dem Schulhof für das Leben. Mit der Stiftung „Lebendige Stadt“ haben wir die Initiative „dein Schulhof“ gegründet, um Aufmerksamkeit auf die Pausengelände zu lenken. Schirmherrin der Initiative ist Umweltministerin Barbara Hendricks.

Anfang 2015 haben wir Schulen aufgefordert, beim Wettbewerb „Schulhof der Zukunft 2015“ mitzumachen. 536 Schulen haben sich beworben, zehn von ihnen haben wir ausgezeichnet. Darunter ist die Bremer Grundschule am Baumschulenweg. Auf dem Pausenhof sind Beete und Tiergehege und schaffen eine abwechslungsreiche Fläche, die von den Lehrerinnen und Lehrern auch als „dritter Erzieher“ bezeichnet wird. Der Schulhof fördert das kreative Spielen in der Natur und die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Kinder übernehmen klassenweise die Verantwortung für die schuleigenen Hühner und Bienen, die Gemüsebeete und den Teich. Die Marktklassen kümmern sich um den Verkauf

der Produkte auf dem Wochenmarkt. Und im Kinderwald wachsen Bäume, die die Kinder bei ihrer Einschulung gepflanzt haben.

Aber auch die Berufsschüler der Eugen-Kaiser-Schule in Hanau können sich über ein Preisgeld von 2000 Euro für den „Schulhof der Zukunft 2015“ freuen. Sie haben sich die umliegende Fläche ihres Schulgebäudes zu Nutze gemacht. Seit 2010 verwandeln sie das Gelände in „GLEKS - Grüne Lernlandschaften Eugen-Kaiser-Schule“. Im Laufe der Zeit sind ein Sinnesgarten, eine Schulimkerei und eine Übungsbaustelle für den Garten- und Landschaftsbau entstanden. Vielfältig bepflanzte Beete, Hochbeete und Obstspalier wechseln sich mit Naturwiesen ab, Wege führen hindurch, Plätze oder ein gepflastertes Schachbrett laden zum Miteinander ein. Die Berufsschüler wollen nun noch einen Bauerngarten anlegen und ein Gewächshaus mit angeschlossenen Bistro bauen. Sie verbinden in den GLEKS Theorie mit Praxis für die Schüler des Garten- und Landschaftsbaus sowie des Produktionsgartenbaus – und schaffen einen Erholungsraum für das ganze Quartier.





Gemeinsam sind Kommunen stark

Städte und Gemeinden sind erfolgreicher, wenn sie die Aufgaben der Energiewende gemeinsam lösen. Die DUH unterstützt als verlässlicher Partner die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und hat für die Anpassung an den Klimawandel Tipps zum Stadtgrün und der Green IT entwickelt

■ Klimawandel, Energiewende, Schutz der biologischen Vielfalt – große Themen, die auch die kleinste Kommune betreffen. Die Deutsche Umwelthilfe ist für Städte und Gemeinden ein verlässlicher Partner bei der Umsetzung und Vermittlung der Aufgaben, die sich daraus ergeben. Um Kommunen in der Energiewende zu unterstützen, haben wir mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement der Hochschule Trier untersucht, wie sie die regionale Energiewende voran bringen. Die Ergebnisse haben wir in der Broschüre „Interkommunale Kooperation als Schlüssel zur Energiewende – Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen für Kommunen“ veröffentlicht.

In dem zweieinhalbjährigen Forschungsprojekt haben wir uns sechs „Modell-Kooperationen“ in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Bayern

angeschaut und unter ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten untersucht. Eine wesentliche Erkenntnis: Kommunale Kooperationen bündeln nicht nur Know-how und Finanzen. Sie können auch die Wettbewerbsfähigkeit steigern und regionale Wertschöpfung generieren. „Erfolgreich sind vor allem die Kommunen, die mit anderen Akteuren kooperieren“, hat Robert Spreter beobachtet, Leiter Kommunaler Umweltschutz bei der DUH.

Die Broschüre gibt Handlungsempfehlungen für die Phasen einer Kooperation. Zu den Erfolgsfaktoren zählen gemeinsame Ziele, die frühzeitige Einbindung der richtigen Akteure und die Erfolgskontrolle. Die häufigsten Gründe für die Zusammenarbeit der Kommunen sind Versorgungssicherheit, Wirtschaftsförderung, regionale Wertschöpfung sowie Bürgerbeteiligung und Teilhabe

zur Steigerung der Akzeptanz bei der Umsetzung von Projekten. Das Projekt wurde vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Die kostenlose Broschüre finden Interessierte unter diesem Link: www.duh.de/komm_publicationen.html

Anpassung an den Klimawandel unter Bäumen und Sträuchern

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen Städte und Gemeinden besonders – Starkregen, Hitzetage und tropisch anmutende Nächte werden öfter vorkommen. Die Schäden an Häusern, Schulen, Schwimmbädern, Straßen und anderen Objekten der Infrastruktur können hoch sein. Neben dem materiellen Schaden, können die Auswirkungen des Klimawandels die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Menschen beeinträchtigen.

Für die Anpassung der Kommunen an den Klimawandel, haben Parks eine wichtige Bedeutung. Bäume, Sträucher und Büsche geben Schatten, kühlen die Luft durch Verdunstung und befeuchten sie sogar. Die grünen Zonen der Städte leiten auch kühlende Frischluft aus dem Umland in die Stadtzentren hinein. In die natürlichen, unversiegelten Böden versickert Regenwasser, sie entlasten die Kanalisation und mindern Schäden nach starken Regenfällen.

**Kommunen sind erfolgreich,
wenn sie zusammenarbeiten –
sie bündeln Know-how und
Finanzen und steigern die
regionale Wertschöpfung**

Bäume, Büsche, Blumen und das andere Stadtgrün sind allerdings auch vom Klimawandel betroffen. Besonders die Stadt- und Straßenbäume leiden in Zukunft stärker als bisher unter Trockenheit und Hitze. Die geschwächten Bäume werden anfälliger für Schädlinge, die ebenfalls mit dem Klimawandel einwandern und sich ausbreiten. Die Rußrindenkrankheit des Ahorns wurde erstmals 2006 in Deutschland beobachtet. Sie tritt insbesondere in Jahren mit großer Hitze und Trockenheit auf. Die Blätter welken, die Krone stirbt ab, schließlich stirbt der Baum. Die Sporen können beim Menschen allergische Reaktionen auslösen.

Die nicht-heimischen Arten – sogenannte Neobiota – breiten sich in Zukunft stärker aus. Berüchtigt sind Beifuß-Ambrosie, Riesen-Bärenklau, Drüsiges Springkraut, Kanadische Goldrute oder Japanischer Staudenknöterich. Kommunen geben bereits viel Geld dafür aus, diese Pflanzen zurückzudrängen. Viele der invasiven Arten wurden als Zierpflanzen nach Europa importiert, die sich dann aus Gärten heraus verbreitet haben.

Damit städtische Grünflächen ihr ganzes Potenzial entfalten können und ein Hort der biologischen Vielfalt bleiben, müssen Kommunen den Bewuchs

sorgsam planen. Wir haben uns da unsere Heimatstadt Radolfzell am Bodensee mal genauer angeschaut. Mit der Universität Konstanz haben wir die in Privatgärten oder im öffentlichen Grün vorkommenden nicht einheimischen Pflanzenarten erfasst. Arten kommen auf eine Vorwarnliste, wenn sich die Klimaverhältnisse der Herkunftsregionen mit dem vorhergesagten Klima für die Bodenseeregion überlappen. Diese Arten gelten als potentiell invasiv.

Daraus haben wir Empfehlungen erarbeitet, welche Arten in privaten und öffentlichen Gärten besser nicht mehr gepflanzt werden und welche Pflanzen stattdessen verwendet werden sollten. Erste Projektergebnisse haben wir auf regionalen Workshops im Bodenseeraum und auf einer bundesweiten Veranstaltung des Bündnisses „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ mit Vertretern aus der kommunalen Praxis diskutiert.

Umweltfreundliche Informationstechnik: Das Projekt GreenITown

Mit GreenITown unterstützt die DUH kleine bis mittelgroße Kommunen bei der energie- und ressourceneffizienten Umgestaltung ihrer IT-Infrastruktur. Gerade

kleinen und mittelgroßen Städten und Gemeinden bis 30.000 Einwohnern fehlt das Fachwissen, um eigenständig im IT-Bereich Einsparpotenziale aufzudecken und Optimierungen durchzuführen. Das DUH-Projekt GreenITown zielt auf die Verringerung des Stromverbrauches bei Betrieb der Geräte. Langfristig wollen wir die Kommunen dazu bewegen, die Geräte lange zu nutzen und die Anzahl der Geräte zu verringern.

Zum Start von GreenITown hat die DUH acht Modellkommunen in ganz Deutschland ausgewählt. Dabei sind Emmendingen, Rainau und Unterföhring in Bayern, Steyerberg (Niedersachsen), Schenefeld (Schleswig-Holstein), Dierdorf (Rheinland-Pfalz), Friedrichsdorf (Hessen) und Hohen Neuendorf in Brandenburg. Für jede Kommune entwickeln wir mit professionellen IT-Beratern maßgeschneiderte Ansätze zur Optimierung der Informationstechnik. Da die Modellkommunen sehr unterschiedlich sind, können die entwickelten Green IT-Strategien später auf sehr viele andere Städte und Gemeinden übertragen werden. Schließlich sollen nicht nur die acht Modellkommunen von GreenITown profitieren, sondern alle Kommunen, die sich für den Klimaschutz engagieren.





Wir bringen Kleingedrucktes groß raus

Autohändler verstecken den CO₂-Ausstoß in der Werbung, motorbetriebene Gartengeräte rattern über die Grenzwerte und Hausbesitzer informieren nicht über den Energieverbrauch einer Immobilie. Alles gesetzeswidrig, aber gang und gäbe. Die DUH spürt die Gesetzesverstöße auf und übernimmt damit die Marktüberwachungsaufgaben untätiger Behörden

■ Von den Betrugereien der Auto-konzerne im Abgas-Gate sprechen alle, wir enttarnen auch die Verschleierungen der Autohändler. Sie brauchen nicht einmal eine Software, um die gesetzlichen Vorgaben für den Umweltschutz zu umgehen. Laut Gesetz sind Autohändler verpflichtet, den Spritverbrauch und den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge in Werbungen anzugeben. Auf Werbetafeln im Verkaufsraum und in Anzeigen verstecken Händler die Angaben jedoch häufig im Kleingedruckten, sodass sie für Leser kaum zu finden sind.

Mal stehen der Spritverbrauch und der CO₂-Ausstoß am Seitenrand hochkant, so dass sie fast in der Mittelwalz der Zeitschrift verschwinden. Ein anderes Mal sind die Angaben in kaum wahrnehmbarer Schriftgröße oder -farbe gedruckt oder so weit unterhalb der Anzeige platziert, dass sie unter dem optischen Gewicht der beworbenen Fahrzeuge verschwinden.

.....
Die dreisten Fälle der Verbrauchertäuschung bringen wir vor Gericht. Erfreulich ist: Die Richter bestätigen die Arbeit der DUH
.....

In Facebook-Postings lassen Händler den Sprit-Verbrauch oft ganz weg. Bei unseren Recherchen stießen wir auf einen Audi-Händler, der damit sogar kokettiert. „Ein echtes Hammerteil dieses Geschoss“, postet der Händler und lässt einen Auszubildenden vor einem Audi RS4 Avant posieren. „In 4,7 sec von 0 aus 100 km/h, 331 kw (450 PS) und leistungsstarke 8 Zylinder unter der Haube. Nur ... die Verbrauchswerte hab ich nicht gefunden.“

Lustig ist das nicht. Die Angaben zum Spritverbrauch und zu den CO₂-Emissionen sollen Verbraucher dazu bewegen, die Umweltauswirkungen in die Entscheidung zum Autokauf einzubeziehen. Die Informationspflicht der Händler und Hersteller ist eine wesentliche Säule der EU- Klimaschutzpolitik. Die EU und die Bundesregierung setzen darauf, dass informierte Verbraucher nachhaltige Kaufentscheidun-

gen fällen. Wenn die Verbraucher aber falsch informiert werden, können sie sich beim Kauf nur schwer oder gar nicht für das klimafreundliche Produkt entscheiden. Die Desinformation in den Autohäusern gefährdet die Klimaschutzziele.

Die DUH deckt umweltschutzbezogene Verbrauchertäuschungen auf. So haben wir seit Jahren auf die Abweichungen zwischen den Angaben der Autokonzerne zum Spritverbrauch und den tatsächlichen Verbräuchen aufmerksam gemacht. Volkswagen hat inmitten seines Betrugsskandals zugegeben, dass das Unternehmen bei 800.000 Fahrzeugen die CO₂-Werte in der Werbung verfälscht hat.

Die Verbraucherschützer der DUH übernehmen Aufgaben, für die eigentlich Behörden der Bundesländer zuständig sind. Die sehen meistens tatenlos zu, wie Unternehmen die Gesetze zum Schutz von Umwelt, Klima und Verbrauchern missachten. In Baden-Württemberg stoppte die DUH eine millionenfache Verbrauchertäuschung der Daimler AG mit einer einstweiligen Verfügung des Landgerichts Stuttgart. Die Behörden verzichteten nach eigenen Angaben auf ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, um „Daimler nicht zu verärgern.“

Das Bundesjustizministerium hat der DUH die Verantwortung als klageberechtigter Umwelt- und Verbraucherschutzverband übertragen. Diese Verantwortung nehmen wir ernst. Um die zahlreichen Verstöße der Automobilbranche gegen die Vorschriften zur Energieverbrauchskennzeichnung zu beenden, bringen wir die besonders dreisten Fälle vor Gericht. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Erfreulich ist: Die Richter bestätigen nahezu ausnahmslos die Arbeit der DUH.

Gegen Grenzwertüberschreitungen bei Gartengeräten

Motorsägen, Trimmer, Sensen – Baumärkte bieten Verbrauchern eine breite Palette motorbetriebener Gartengeräte an. Tests der DUH haben ergeben, dass die Hersteller gesundheitsschützende Abgaswerte nicht einhalten. Die DUH sieht neben den Herstellern jedoch auch die Händler in der Pflicht. Sie sollten nur

solche Geräte anbieten, die die Grenzwerte einhalten. Da unsere Appelle an Behörden nichts brachten, haben wir mehrere Musterunterlassungsklagen eingereicht. Per Gerichtsentscheid wollen wir Industrie und Handel bewegen, die Vorschriften für Gesundheits- und Klimaschutz einzuhalten.

Auch auf politischer Ebene bringen wir uns ein. Im Novellierungsprozess der EU-Non-Road-Mobile-Machinery-Gesetzgebung geben wir fachliche Stellungnahmen ab. Wir wollen erreichen, dass die Behörden europaweit einheitliche, verpflichtende und regelmäßige Stichprobenkontrollen durchführen und zur Berichterstattung gegenüber der EU-Kommission verpflichtet werden.

Der Energieausweis: das gute Recht von Mietern und Immobilienkäufern

Untätig bleiben die Behörden in den Bundesländern auch dann, wenn es um den Energieausweis für Häuser geht. Ob für ein Einfamilienhaus oder eine Wohnung – Verkäufer oder Vermieter müssen seit 2014 laut Energieeinsparverordnung vor dem Verkauf oder der Vermietung ein für jedermann verständliches Gutachten über den energetischen Zustand der Immobilie erstellen lassen: den Energieausweis.

Sie sind verpflichtet, den Energieausweis dem Käufer oder Mieter beim Besichtigungstermin vorzulegen oder ihn sichtbar vor Ort auszuhängen. Miet- und Kaufinteressenten sollen möglichst frühzeitig auf den Energieverbrauch einer Immobilie aufmerksam gemacht werden. Auch in Immobilienanzeigen müssen deshalb Angaben aus dem Energieausweis stehen. Aber auch Hausbauer müssen dafür sorgen, dass für die neuerrichtete Immobilie ein Energieausweis ausgestellt wird. Soweit die Theorie.

Kein einziges Bundesland kontrolliert die Vorlage des Energieausweises, haben unsere Recherchen bei den Landesbehörden ergeben. Nicht einmal Stichproben führen die Behörden durch. In Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen werden die Behörden immerhin aktiv, wenn Bürger sich beschweren.



Klimaschutz fängt zuhause an

Umwelt- und Verbraucherschutzgesetze sind nur wirksam, wenn Behörden den Vollzug kontrollieren. Wir stellen eigentlich täglich fest, dass Vollzugskontrollen von Umwelt- und Verbraucherschutzvorschriften nicht stattfinden. Die Energieeinsparverordnung soll zu einem deutlich niedrigeren Energieverbrauch von Gebäuden beitragen. Rund 40 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland stammen aus Gebäuden.

Die Klimaziele kann Deutschland nur erreichen, wenn Staat und Gesellschaft die Wärmewende als zentralen Bestandteil der Energiewende begreifen.



Mehrweg erhält die Vielfalt

Dem Trend zum schnellen Kaffee im Wegwerfbecher setzen wir den „Becherheld“ entgegen – ein klimafreundlicher Mehrwegbecher für unterwegs. Auch in der Wirtschaft mit abgefüllten Getränken kämpfen wir weiterhin für das einzigartige Mehrweg-System. Denn Mehrweg schützt Klima, Ressourcen und sichert Arbeitsplätze

■ Nicht von Pappe ist der Coffee to go-Becher der Deutschen Umwelthilfe. Grün und lebenslang wiederverwendbar, besteht der „Becherheld“ der DUH aus Edelstahl und Kunststoff. Schon nach dem 40. Einsatz hat der Mehrwegbecher eine bessere Klima-Bilanz als Einwegbecher aus Pappe oder Plastik. Der „Becherheld“ unterstützt die DUH-Kampagne für Mehrwegbecher in der mobilen Kaffeekultur.

Mehrweg hat der Trend zum schnellen Kaffee dringend nötig. 7,6 Millionen Coffee to go-Becher landen in Deutschland jeden Tag auf dem Müll, das sind 320.000 Einwegbecher aus Pappe, Polystyrol oder Kunststoff in der Stunde. Statistisch betrachtet, verbraucht jeder Deutsche 34 Einwegbecher im Jahr.

Der Kaffee im Wegwerfbecher ist vor allem ein städtisches Phänomen. Und damit auch ein städtisches Problem. Coffee

to go-Becher fliegen ins Gebüsch und auf U-Bahn-Gleise, trudeln über Plätze und verstopfen öffentliche Papierkörbe. In Berlin werden täglich 460.000 Einwegbecher für Kaffee benutzt, das sind im Jahr 170 Millionen Wegwerfbecher.

Die DUH schlägt eine Abgabe von mindestens 20 Cent auf jeden Einwegbecher vor, um den Anreiz für ein Mehrwegsystem zu schaffen

Sie erhöhen das Müllaufkommen, weshalb die Stadt die Masse an Einwegbechern dringend senken will. Die Stiftung Naturschutz Berlin unterstützt daher unsere Kampagne „Mehrwegbecher für Coffee to

go“ aus Mitteln des Förderfonds Trennstadt Berlin.

Die Coffee-to-go-Becher tragen nicht nur zur Vermüllung bei. Die Einwegbecher sind auch als ordentlich gesammelter Müll ein Problem. Da die meisten Pappbecher mit Kunststoff beschichtet sind, können sie nur zu einem geringen Teil im Papierrecycling verwertet werden. Der Großteil wird als Restmüll verbrannt.

Doch sollten Einwegbecher nach der geltenden Abfallpolitik gar nicht erst entstehen. „Abfall vermeiden!“ heißt das oberste Ziel der europäischen und der deutschen Abfallpolitik. Die Deutsche Umwelthilfe schlägt daher vor, eine Abgabe von mindestens 20 Cent auf jeden Einwegbecher zu erheben. Das wäre ein Anreiz für Unternehmen, ein Mehrwegsystem aufzubauen. Wir haben da ein paar Ideen, die wir mit den Kaffeeketten

auch schon diskutieren. Zum Beispiel die Nutzung von Mehrwegbechern durch Rabattgutschriften oder Bonuspunkte noch weiter zu fördern und Kunden aktiv über wiederfüllbare Becher zu informieren.

Zurück im Spiel mit Mehrwegbechern ist der Bundesligist Hannover 96. Seit Ende August 2015 sind wieder Mehrwegbecher im Stadion im Einsatz und verbannen die Einwegbecher aus dem Biokunststoff Polylactid. Der Fußballverein Hannover 96 folgt damit den Argumenten der DUH und vieler Fans, die ökologische Mehrwegbecher im Stadion wollen.

.....

Unsere Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ vereint mittlerweile ein breites gesellschaftliches Spektrum

.....

Die Deutsche Umwelthilfe kämpft an vielen Orten für Mehrweg. Denn Mehrweg ist Klimaschutz. Mehrwegsysteme ermöglichen es zudem jedem einzelnen Verbraucher seinen Teil zum Klimaschutz beizutragen. Ob Becher, Beutel statt Einwegtüten, Flaschen – Mehrweg ist Klimaschutz an der Basis.

Unsere seit Jahren erfolgreiche Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ vereint mittlerweile ein breites gesellschaftliches Spektrum. Neben den Spitzenverbänden der mittelständischen Getränkewirtschaft unterstützt auch die Verbraucherzentrale Bundesverband die Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“. Der Verband der Privaten Brauereien ist mit dabei, der Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels, der Verband des Deutschen Getränke-Einzelhandels, die Stiftung Initiative Mehrweg und die Initiative Pro Mehrweg.

Die Bandbreite der Unterstützer der Kampagne „Mehrweg ist Klimaschutz“ zeigt, welche gesellschaftliche Relevanz das Mehrwegsystem hat. Mehr als 140.000 Menschen arbeiten in der mehrwegorientierten Getränkeindustrie, insofern ist Mehrweg auch ein Jobmotor. Genau diese Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, wenn der Mehrweg-Ausstieg von Coca-Cola in Deutschland Schule macht. Der Getränke-Gigant plant seine Brause zukünftig nur noch in Einwegplastikflaschen und Dosen zu verkaufen. Genau hierfür war der Vorstandsvorsitzende von Coca-Cola Deutschland Erik Nehammer, indem er Getränkeabfüller aufforderte Mehrweg gemeinsam hinter sich zu lassen. Inakzeptabel ist das passive Verhalten von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks, die den

Angriff auf das klimafreundliche, soziale und ressourcenschonende Mehrwegsystem tatenlos hinnimmt.

Die DUH ist bekannt für ihre Kampagnen, mit denen sie auf Missstände im Umwelt- und Verbraucherschutz lautstark aufmerksam macht. „Coca-Cola killt Mehrweg“ war der Slogan auf dem Plakat, mit dem wir im Sommer vor der deutschen Unternehmenszentrale des US-Getränkekonzerns protestiert haben. Gleichzeitig überreichten wir 180.000 Unterschriften von Unterstützern unserer Kampagne, die über die Internetplattform SumOfUS an unserer Petition teilnahmen.

Wir werden nicht locker lassen, und alle politischen und juristischen Mittel nutzen, um das Mehrwegsystem zu erhalten. Einen Erfolg vor Gericht haben wir gegen die Coca-Cola Erfrischungsgetränke AG bereits erreicht. Zur Einführung des Getränks Coca-Cola Life hatte das Unternehmen damit geworben, weltweit eine Einwegplastikflasche einzusetzen, die ausschließlich aus Recyclingmaterial bestehe. Das war falsch, recherchierte die DUH. Und erwirkte beim Landgericht Berlin eine einstweilige Verfügung gegen Coca-Cola. Mit dem Greenwashing ist der Brausehersteller nicht durchgekommen.





Vom Müll zum Wertstoff in 40 Containern

Die Gemeinde Mettlach ist einer der Lieblingsorte der DUH-Abfall Experten. Die Mettlacher sortieren Abfall vorbildlich in einem Rückkonsumzentrum, senken damit Abfallgebühren und das Müllaufkommen. Gar nicht vorbildlich ist die bundesweite Entsorgung von Energiesparlampen, Bauschaumdosen, Kühlschränken, Getränkekartons und vielen anderen Produkten, denen die DUH-Abfall Experten auf der Spur sind

■ Der beste Müll ist selbstverständlich der, der gar nicht erst entsteht. Die zweitbeste Lösung lautet: Der Abfall wird als Wertstoff genutzt. Mettlach hat sowohl die Vermeidung als auch die Erfassung von Wertstoffen revolutioniert und wir finden, dass der kleine Ort im Saarland damit ein ganz großes Vorbild für Kommunen jeder Größe ist.

„SuperDrecksKesch“ heißt das Wertstoffkonzept der Gemeinde Mettlach und der Name verrät, dass die Idee aus Luxemburg stammt. Wörtlich bedeutet SuperDrecksKesch so viel wie der „Super-Müll-eimer“, aber das Rückkonsumzentrum ist mehr als eine Abfalltonne. Die Mitarbeiter im städtischen Rückkonsumzentrum sortieren den Abfall in mehr als 40 Fraktionen sortenrein. Sie trennen nach Material und nach Inhaltsstoffen, was zum Beispiel das Recycling von Kunststoffen wesentlich verbessert. Möbel, Bücher, Lampen,

Spielzeug und was sonst noch gut für den Weitergebrauch ist, können die Mettlacher Bürger im Rückkonsumzentrum tauschen und die Lebensdauer von Produkten wesentlich verlängern.

Weniger Müll schont Umwelt und Geldbeutel

Die Gemeinde hat mit dem Konzept „SuperDrecksKesch“ das Restabfall- und Sperrmüllaufkommen pro Einwohner gleich im ersten Jahr von 245 Kilogramm auf 126 Kilogramm im Jahr 2013 gesenkt. Und im Jahr darauf haben die Mettlacher weitere 10 Kilogramm weniger Rest- und Sperrmüll in die Tonne gehauen. Das kommt der Umwelt zugute und schont den Geldbeutel. Die Mettlacher Bürger sparen, wenn sie ihren Müll sortieren und sortenrein im Rückkonsumzentrum abgeben. Je leichter ihre Mülltonne zu-

hause ist, desto weniger Abfallgebühren müssen sie zahlen.

Und noch ein paar Zahlen, die Mettlach zum Vorbild in der Wertstoffeffasung machen. Die Gemeinde hat die gesammelte Menge Wertstoffe um mehr als 30 Prozent gesteigert. Die Mettlacher geben mehr Problemstoffe wie Chemikalien, Spraydosen oder Speisefette und auch mehr alte Elektrogeräte ab als in anderen Kommunen. 3,8 Kilogramm Problemstoffe und 11 Kilogramm Elektrogeräte hat Mettlach 2014 pro Einwohner gesammelt. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 1 Kilogramm Problemstoffe und 7 Kilogramm Elektroaltgeräte pro Einwohner.

Die Kreislaufwirtschaft gehört zum Kerngeschäft der DUH. Abfallvermeidung ist unser oberstes Ziel, weshalb wir uns zum Beispiel für Abgaben auf Coffee to go-Einwegbecher (siehe Seite 28) und Plastiktüten einsetzen. Denn Abgaben

bringen die Verbraucher dazu, weniger Tüten oder Becher zu benutzen und nach wenigen Minuten Gebrauch als Müll weg zu werfen. Irland hat den Plastiktütenverbrauch durch eine Abgabe um mehr als 95 Prozent gesenkt, in Wales ging der Tütenkonsum um 79 Prozent nach Einführung einer Abgabe zurück.

Mit europäischen Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie Vertretern der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission haben wir in Brüssel über Steuern, Gebühren und andere wirksame Instrumente gegen die Plastiktütenflut diskutiert. Deutschland hat da einiges nachzuholen, denn bis 2025 will die EU den Plastiktütenverbrauch in den Mitgliedsländern von jetzt 198 auf 40 Stück pro Einwohner senken. Wir haben ja schon mit unserer erfolgreichen Kampagne „Plastiktüte war gestern“ gezeigt wie es geht. Die Zukunft gehört dem Mehrwegbeutel und dem Einkaufskorb.

Doch fast alle Produkte des täglichen Bedarfs sind verpackt, meistens mit Kunststoff und der wird zu Müll. Da in Deutschland die Recyclingquoten nicht nur für Kunststoffe zu niedrig sind, kämpfen wir auf allen Seiten für eine Verbesserung der Wertstoffeffassung und des Recyclings.

Die DUH setzt sich dafür ein, dass der Umweltschutz wirklich der zentrale Punkt des geplanten Wertstoffgesetzes der Bundesregierung wird. Wir sehen das Wertstoffgesetz als große Chance, die Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln und das Recycling von Wertstoffen zu verbessern. Abfälle sind die Rohstoffe von Morgen, wie die Gemeinde Mettlach eindrucksvoll zeigt.

Doch die Sammlung und das Recycling vieler Produkte und Problemstoffe sind eben mangelhaft. Selbst Dinge, die längst gesetzlich geregelt sind, werden in Deutschland nicht vernünftig umgesetzt.

Prominentes Beispiel sind Kühlgeräte. Noch immer enthalten die Hälfte der alten Kühlgeräte den Klimakiller FCKW, obwohl der Stoff schon seit Jahren verboten ist. Die schädlichen Klimagase müssen mit speziellen Apparaten aus den Kühlgeräten abgesaugt und dann unschädlich gemacht werden. Das passiert aber nicht ausreichend ergaben Umfragen

der DUH bei den Bundesländern und den Kommunen. Die Folge: Pro Jahr strömen mehr als 1 Million Tonnen vermeidbare CO₂-Äquivalente in die Atmosphäre

Die DUH sieht das Wertstoffgesetz als große Chance, die Kreislaufwirtschaft weiterzuentwickeln und das Recycling zu verbessern

Die Klimakiller aus den Kühlschränken sind vermeidbar. Der Gesetzgeber muss dafür sorgen, dass die Hersteller und Entsorger nach dem vorbildlichen Entsorgungsstandard DIN 50574 arbeiten. In Frankreich, Belgien, Österreich oder Griechenland wird das längst getan. Deutschland ist beim Kühlgeräterecycling nicht Spitzenreiter, sondern Sorgenkind.

Wesentlich besser gesammelt werden müssen auch Energiesparlampen und Bauschaumdosen. In Energiesparlampen und Bauschaumdosen sind kleine Mengen an Schadstoffen enthalten, weshalb sie getrennt gesammelt und umweltfreundlich entsorgt werden müssen. Über Rückgabemöglichkeiten muss der Handel die Verbraucher aufklären. Seit Jahren untersuchen wir deshalb stichprobenar-

tig, wie der Handel informiert und auch Produkte zurücknimmt. Und wir stellen erfreut fest: Unsere beharrlichen Informationskampagnen wirken: die Rücknahme von Bauschaumdosen in Baumärkten klappt immer besser.

Erfolge spornen uns natürlich an. Deswegen freuen wir uns besonders, dass wir 2015 die Recyclinglücke der Getränkekartonhersteller beenden konnten. Jahrelang hatte der Verband der Getränkekartonhersteller (FKN) behauptet, dass das Aluminium in den Getränkekartons in großen Volumen sortenrein für das Recycling zurückgewonnen würde. Das ist entscheidend für eine gute Ökobilanz. Wir haben bei dem Recyclingunternehmen recherchiert und nachgewiesen: Eine sortenreine Abtrennung und stoffliche Verwertung des Aluminiums aus Getränkekartons hat es in keinem industriellen Maßstab in Deutschland gegeben. Der Lobbyverband FKN teilte nach Auffliegen der Recyclinglücke mit, dass seit Anfang 2015 die Folienreste inkl. Aluminium aus deutschen Kartons nach China exportiert werden. Dort sollen die Aluminiumanteile sortenrein und in industriellem Maßstab recycelt werden. Ein weiterer Beleg für Intransparenz und die nicht vorhandene Umweltfreundlichkeit des Getränkekartons. Und wie es in China weitergeht, recherchieren wir mithilfe unserer Partnerorganisationen für den Umwelt- und Klimaschutz vor Ort.

Was hat die Entsorgung meines Kühlschranks mit Klimaschutz zu tun?

Die im Kühlmittel und der Isolierung enthaltenen FCKW eines Kühlschranks haben ein Treibhauspotenzial von 2.800 kg CO₂. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß eines Mittelklasse-Fahrzeugs in einem Jahr.*



FCKW

=



CO₂

* Bei 7 Litern Benzin auf 100 km und einer Fahrleistung von 15.000 km



Auf gutem Boden

In Bolivien hilft der Hand in Hand-Fonds, Gemüse in Baumschulen anzubauen, in Kenia unterstützen wir Mango-Bauern und in Hannover und Köthen bauen wir die „Gärten der Zukunft“



■ Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Hand in Hand-Fonds von Deutscher Umwelthilfe, Rapunzel Naturkost und privaten Spendern. Der Hand in Hand-Fonds fördert kleinere Projekte im Bereich Umwelt und Entwicklung. 2015 hat die Hand in Hand-Konferenz Zuschüsse in Höhe von rund 130.000 Euro für 29 Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika bewilligt.

In Kenia unterstützt der Hand in Hand-Fonds beispielsweise ein Mango-Projekt. Für viele Bauernfamilien sind Mangos eine entscheidende Einkommensquelle. Fruchtfliegen schädigen jedoch oft die Qualität oder vernichten Teile der Ernte. Mit Hilfe von Schlupfwespen, den natürlichen Feinden der Mango-Fruchtfliegen, können die Schädlinge begrenzt werden. Die Bäuerinnen und Bauern lernen, die Wespen in ihren Baumgärten anzusiedeln. Die freigesetzten Nützlinge vermehren sich gut, wenn keine Pestizide in den Gärten genutzt wurden. Das Projektteam regt die Bauern außerdem an, sich in Netzwerken zu organisieren und ihr Wissen und ihre Erfahrungen auszutauschen.

In Bolivien richtet ein Hand in Hand-Projekt gemeinsam mit drei Dorfgemein-

schaften in Rurrenabaque Baumschulen und Gärten ein. Mit Biogemüseanbau zwischen neu gepflanzten Bäumen soll die Nahrungsgrundlage verbessert werden, ohne die empfindlichen Böden zu belasten. In dem Projekt werden die Menschen im Waldfeldbau geschult, wobei die Wünsche jeder Dorfgemeinschaft die Basis bilden. In indigener Tradition planen die Dorfbewohner die Vorhaben gemeinsam. In anderen ländlichen Regionen finanziert der Fonds Solarstromprojekte oder

einfach manuell betriebene Solarlampen. Das elektrische Licht erleichtert den Alltag und hilft Schulkindern beim Lernen, da es in den Tropen abends früh dunkel wird. Solarstrom treibt auch Trinkwasserpumpen an und erschließt Brunnen. Der leichtere Zugang zu Wasser kommt vor allem den Frauen und Mädchen zugute, deren täglicher Gang zu einer Quelle oft lang und manchmal auch gefährlich ist.

Kultur, Natur und die Vielfalt im Garten

Die DUH bringt Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammen

■ Wer Verantwortung für einen Garten trägt, steht in einem engen Bezug zur Natur. Und das gemeinsame Säen und Ernten bringt die Menschen einander näher. Die DUH lädt daher in vier Modellgärten im Raum Hannover und Köthen zum Mitmachen bei naturschonendem Anbau ein.

Der DUH Regionalverband Nord und das Projektbüro in Köthen sprechen im Rahmen des Projektes „Gärten für die Zu-

kunft“ gezielt Menschen mit Migrationshintergrund und aus sozialen Brennpunkten an. Vor allem junge Leute motivieren wir zum Gemeinschaftserlebnis Gärtnern und zu einem nachhaltigen Lebensstil. In den Demonstrationsgärten bauen sie vor allem alte Obst- und Gemüsesorten an. So wird der Genpool bewahrt und die biologische Vielfalt gestärkt. Das Projekt ist als UN-Dekade-Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt.



Der UmweltMedienpreis 2015



■ Hartnäckig und unnachgiebig sind die besten Journalistinnen und Journalisten, wenn sie ihr Thema gefunden haben. Einfache Antworten befriedigen ihren Wissensdrang nicht mehr, kaum scheint eine Frage beantwortet, taucht die nächste auf.

Kategorie Printmedien

Zu den beharrlichsten Fragern zum Klimawandel gehört **Bernhard Pötter**, langjähriger Redakteur der Tageszeitung die taz. „Pötters Recherchen gehören zum Besten, was kritischer Umweltjournalismus in Deutschland heute zu bieten hat“, heißt es in der Begründung der Jury für den UmweltMedienpreis. Schreiben kann Pötter natürlich auch.

Kategorie Hörfunk

Beeindruckt hat die Jury auch die Hörfunkjournalistin **Claudia Decker**, die für den BR2 unterwegs ist. „Mit ihrer sorgfältigen Arbeitsweise macht sie komplizierte Themen für die Hörer nachvollziehbar“, schreiben die Juroren. Eindrucksvoll fanden sie zwei Beiträge zum Arten- und Verbraucherschutz. Decker hat Produktion und Vertrieb von Daunen, Froschschenkeln und Entenstopfleber recherchiert.

Kategorie Fernsehen

Die Fernseh-Journalisten **Astrid Halder** und **Hendrik Loven** haben den UmweltMedienpreis für das Team von Report München erhalten. In der Dokumentation „Die Propagandaschlacht um die Gentechnik – wie Politik und Verbraucher manipuliert werden“ beleuchten sie die weltweiten Auswirkungen der industriellen Lebensmittelproduktion. Die Medienpreis-Jury beeindruckte der „immense Rechercheaufwand“. Und selbstverständlich das journalistische Gesamtprodukt.

Kategorie Online

Für das Multimedia-Projekt „Global Ideas“ der Deutschen Welle haben **Manuela Kasper-Claridge**, Leiterin der Abteilung Wirtschaft und Wissenschaft der DW, Reporterin **Inga Sieg** und Kameramann **Axel Warnstedt** den Umwelt-Medienpreis erhalten. Global Ideas nimmt die Zuschauer mit auf eine Reise um die Welt. „Mit interaktiven Grafiken, Filmbeiträgen und Reportagen spricht das internationale Team ein breites Publikum an“, schreibt die Jury. Inga Sieg und Axel Warnstedt Beiträge „sensibilisieren Menschen für Themen wie Luftverschmutzung, Meeresschutz oder den Klimawandel.“

Sonderpreis

Den diesjährigen Sonderpreis haben **Lisa Simpson**, das ökologische Gewissen von Springfield, und ihr Schöpfer **Matt Groening** erhalten. Die Serie „Die Simpsons“ greift umweltpolitisch brisante Themen wie Atomkraft, Gentechnik oder Fracking auf. „Die Darstellung ist immer unterhaltsam, aber nie platt“, findet die UmweltMedienpreis-Jury. Das Script schreibt ein Team von Naturwissenschaftlern, unter ihnen Matt Groening. Die Simpsons sprechen eine jüngere Zielgruppe an, sich mit umweltpolitischen Themen auseinanderzusetzen.

Wir gratulieren den Preisträgerinnen und Preisträgern des 20. UmweltMedienpreises. Die DUH vergibt den Preis jedes Jahr an Journalisten, Redaktionen, Autoren, Filmemacher oder auch an Wissenschaftler für „herausragende Leistungen bei der journalistischen und schriftstellerischen Auseinandersetzung mit der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“, wie es in der Ausschreibung heißt. Kurz gesagt: Wir sagen Danke im Namen von Natur- und Umweltschutz.

Und wir danken der Telekom Deutschland, die den UmweltMedienpreis unterstützt.

Das Leitungsteam



■ **Jürgen Resch** führt seit 1986 die DUH, die er mit seinen Kollegen in der Geschäftsführung zu einem der einflussreichsten Umweltverbände in Deutschland entwickelt hat. Er hat das Verbot von Pestiziden wie Endrin und Lindan befördert, an der Durchsetzung schwefelfreier Kraftstoffe mitgewirkt, die Umweltzonen und den verpflichtenden Einsatz von Dieselruß-Partikelfiltern bei Pkw vorangetrieben und gilt als einer der Väter des „Dosenpfandes“. Resch hat Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften studiert und seine umweltpolitische Karriere Anfang der 1980er Jahre als Vorsitzender des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben beim BUND begonnen. Jürgen Resch engagiert sich international für den Erhalt der Biodiversität und unterstützte den Schutz des St. Lucia Wetland in Südafrika und des Okavango-Deltas in Botswana, die Weltnaturerbe sind. Er ist Mitbegründer der Stiftung Euronatur, des Global Nature Fund und der Bodensee-Stiftung und Schatzmeister der Tropenwaldstiftung OroVerde.



■ **Sascha Müller-Kraenner** ist seit Januar 2015 Bundesgeschäftsführer der DUH. Seine Schwerpunkte sind Naturschutz, Energie- und Klimaschutz sowie kommunaler Umweltschutz. Zuvor war Müller-Kraenner für die internationale Umweltschutzorganisation „The Nature Conservancy“ tätig, unter anderem von 2009 bis 2013 als geschäftsführender Direktor der europäischen Büros in Berlin und London. Der studierte Biologe begann seine Karriere 1991 als Berater im Sächsischen Landtag und war danach sieben Jahre lang für die internationalen Angelegenheiten des Deutschen Naturschutzrings verantwortlich. Anschließend wechselte er zur Heinrich-Böll-Stiftung und baute deren Nordamerika-Büro auf, das er bis 2002 leitete, bevor er Leiter der Referatsgruppe Europa/Nordamerika und Direktor des Stiftungsprogramms für Außen- und Sicherheitspolitik wurde.



■ **Dr. Peter Ahmels** leitet den Bereich Energie und Klimaschutz der DUH in Berlin. Er ist promovierter Agrarwissenschaftler mit eigenem Hof in Ostfriesland. Peter Ahmels war von 1997 bis 2007 Präsident des Bundesverbands Windenergie (BWE).



■ **Babett Böhme** hat 2014 die Leitung des Berliner Büros der DUH übernommen. Nach ihrem Studium zur Diplom-Ingenieurin für Landschaftsplanung war sie bei Unternehmen im Eventbereich tätig. Seit 2008 arbeitet sie in Berlin und ist dort verantwortlich für die Veranstaltungen der DUH.



■ **Melanie Fessler** hat 2015 die Leitung der Bundesgeschäftsstelle Radolfzell übernommen. Sie ist persönliche Referentin von Bundesgeschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. Zur DUH kam sie 2006 vom Global Nature Fund. Melanie Fessler hat Landeskultur und Umweltschutz an der Universität Rostock studiert und ist Diplom-Ingenieurin.



■ **Thomas Fischer** leitet seit 2013 den Bereich Kreislaufwirtschaft. Als Experte für Abfallwirtschaft und Umweltmanagement hat er zuvor als Projektmanager der DUH und bei einem Industrieverband gearbeitet. Thomas Fischer hat an der Universität Lüneburg studiert und ist Dipl. Umweltwissenschaftler.



■ **Michael Hadamczik** leitet den Bereich Marketing und Finanzen in der Bundesgeschäftsstelle Radolfzell. Er ist studierter Diplom-Volkswirt, war Geschäftsführer des Öko-Test-Verlages und dann viele Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen.



■ **Daniel Hufeisen** leitet seit 2014 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der DUH, bei der er seit 2011 tätig ist. Der Kulturwissenschaftler kommt vom Fernsehen, wo er Dokumentationen verantwortete, u.a. für das ZDF und National Geographic. Während der Atomkatastrophe in Fukushima arbeitete er als Pressesprecher für Greenpeace.



■ **Barbara Metz** ist seit 2012 stellvertretende Leiterin des Bereichs Verkehr und Luftreinhaltung und hat 2015 den Themenschwerpunkt Energieeffiziente Gebäudesanierung im Bereich Energie und Klimaschutz weiterentwickelt. Zur DUH kam sie 2007 und war seit 2008 persönliche Referentin von Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch.



■ **Dr. Cornelia Nicklas** leitet den Bereich Recht in der Bundesgeschäftsstelle Berlin. Sie hat in Frankfurt/Main Jura studiert und als Umweltjuristin für Ecologic im Bundesumweltministerium, als Rechtsanwältin und als Referentin im Öffentlichen Dienst gearbeitet.



■ **Gabriele Nitschke** hat 2015 die Leitung der Bundesgeschäftsstelle Hannover der DUH übernommen. Sie ist Übersetzerin, war Büroleiterin in verschiedenen Unternehmen und hat in Niedersachsen Fortbildungen für ein bundesweites Umweltbildungsprojekt organisiert, bevor sie 2013 zur DUH kam.



■ **Dorothee Saar** leitet den Bereich Verkehr und Luftreinhaltung. Sie hat Landschaftsplanung in Berlin studiert, hat freiberuflich in der Landschaftsplanung mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastrukturplanung gearbeitet und war Projektleiterin für energieeffiziente Verkehrssysteme bei der dena. Bei der DUH ist sie seit 2006.



■ **Agnes Sauter** leitet seit April 2009 den Bereich Verbraucherschutz in Radolfzell. Sie kennt alle Facetten der DUH-Verbandsarbeit, da sie seit 1998 in leitender Funktion in der Bundesgeschäftsstelle tätig ist. Agnes Sauter ist Diplom-Verwaltungswissenschaftlerin und war vor ihrem Einstieg bei der DUH Geschäftsführerin des Malteser Hilfsdiensts in Esslingen.



■ **Robert Spreter** leitet den Bereich Kommunalen Umweltschutz in Radolfzell. Er kam 2002 zur DUH, hat zuvor eine Ausbildung zum Vermessungstechniker gemacht, Landschaftsplanung und Städtebau studiert und sich seit seiner Jugend bei der BUNDjugend für den Naturschutz engagiert.



■ **Ulrich Stöcker** leitet seit Juli 2009 den Bereich Naturschutz in Berlin. Davor war er Leiter des Referats „Grundsatz- und Rechtsfragen des Naturschutzes“ im Umweltministerium Brandenburg. Ulrich Stöcker hat Jura u.a. in Saarbrücken und Lausanne studiert, er hat für das UBA sowie für das UN-Umweltprogramm gearbeitet.

Finanzen für den Umwelt- und Verbraucherschutz

Zuschüsse, Spenden sowie Einnahmen aus dem Verbraucherschutz sind die wichtigsten Finanzquellen der DUH. Eine gute Mischung sichert unsere Unabhängigkeit

■ Eine Organisation wie die Deutsche Umwelthilfe lebt vom Engagement, der Kompetenz und der Begeisterung für die Aufgabe. Aber die Finanzen müssen stimmen. Über den Erfolg entscheidet auch eine solide finanzielle Grundlage. Sie sichert die Projekte und die Leistung von 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Spendeneinnahmen sind jedoch nicht verlässlich planbar, Projektzuschüsse und andere Finanzmittel werden eingeworben. Wir achten daher darauf, eine gute Mischung unserer Einnahmen zu erreichen. So gleichen wir Schwankungen aus und verhindern Abhängigkeiten.

Im Jahr 2014 ist es gelungen, den DUH-Haushalt auszugleichen und einen kleinen Überschuss von 45.000 Euro zu erzielen. Das Haushaltsvolumen ist nur geringfügig auf etwa 8,3 Millionen Euro angewachsen.

Einnahmen: Zuschüsse werden wichtiger

Die Basis des DUH-Haushalts sind die regelmäßigen Zuwendungen unserer Förderer und Paten und die Spenden vieler Menschen, die unsere Arbeit teilweise schon seit vielen Jahren unterstützen. Dazu kommen Projektzuschüsse, die etwa zur Hälfte aus öffentlichen Quellen, vorwiegend Bund und Europäische Union, und zur anderen Hälfte von privaten Stiftungen bereitgestellt werden. Die Zuschüsse haben mit 34 Prozent den größten Anteil an den Einnahmen.

Auch Spenden und Sponsoringbeiträge von Unternehmen tragen zu den Einnahmen bei. Hinzu kommen Einnahmen des Verbraucherschutzes, die zum größten Teil aus der Kontrolle von Unternehmen stammen, die gegen die Regeln der Energieverbrauchskennzeichnung verstoßen haben. Zuweisungen von Justizbehörden, sogenannte Bußgelder,

tragen ebenfalls zu den Einnahmen bei. Bei der Verwendung von Projektrücklagen handelt es sich um Geld, das im Vorjahr eingenommen worden war, aber erst im Jahr 2014 zweckgebunden eingesetzt werden konnte.

Ausgaben: Projekte entscheiden

Der größte Teil des Geldes fließt in die Projekte der DUH, zum Beispiel in den Schutz der Flüsse, in Projekte gegen die Plastiktütenflut, für den Klimaschutz und die Luftreinhaltung im Verkehr. Wir organisieren Umweltwettbewerbe, veranstalten Informationskampagnen, Kongresse und Veranstaltungen und betreiben eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Verteilung der Ausgaben zeigt das breite Themenspektrum der DUH.

Ein wichtiger Teil unseres Engagements liegt in den Projektzuschüssen, die die DUH vergibt. Mit den Zuschüssen stellen wir unseren Partnerorganisationen Geld zur Verfügung und ergänzen damit sinnvoll unsere eigene Projektarbeit.

Für diese Aufgaben standen auch im Jahr 2014 wieder 85 Prozent unserer finanziellen Mittel zur Verfügung. Die Verwaltungskosten blieben trotz wachsender Anforderungen bei 15 Prozent in einem vernünftigen Rahmen.

Bilanz: stabile Verhältnisse

Die Bilanzsumme ist mit 3,5 Millionen Euro etwas höher als im Vorjahr. Die freien Rücklagen sind leicht angestiegen und liegen bei 1,1 Millionen Euro.

Geprüfte Finanzen

Die DUH erstellt ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB für Kapitalgesellschaften. Die Jahresrechnung entspricht den gesetzlichen Vorschriften

und liefert ein zutreffendes Bild der Vermögens- und Ertragslage der Deutschen Umwelthilfe e.V. Dies bestätigt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Herberger GmbH. Sie hat den Jahresabschluss zum 31.12.2014 geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der DUH ist im Jahr 2015 das DZI-Spendensiegel zuerkannt worden. Damit bescheinigt das DZI der Deutschen Umwelthilfe den seriösen Umgang mit Spendengeldern. Ergänzende Informationen zu den Finanzen im Sinne der DZI Siegel-Standards wird die DUH auf ihrer Website www.duh.de veröffentlichen.

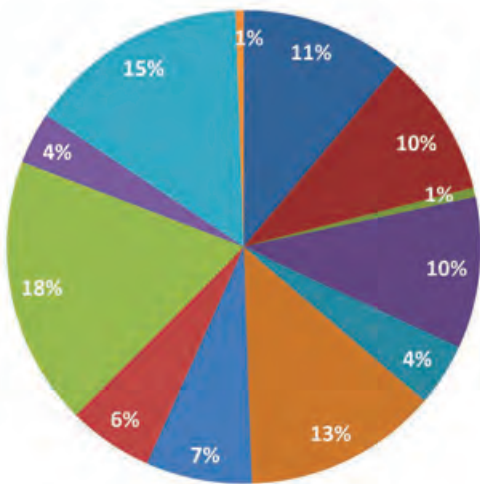
Mitarbeiter

Die Deutsche Umwelthilfe beschäftigte zum 30.11.2015 insgesamt 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 35 in der Geschäftsstelle Radolfzell, 42 in der Geschäftsstelle Berlin, weitere 4 in der Geschäftsstelle Hannover sowie je eine im Projektbüro Elbe in Köthen und im Projektbüro Erfurt.

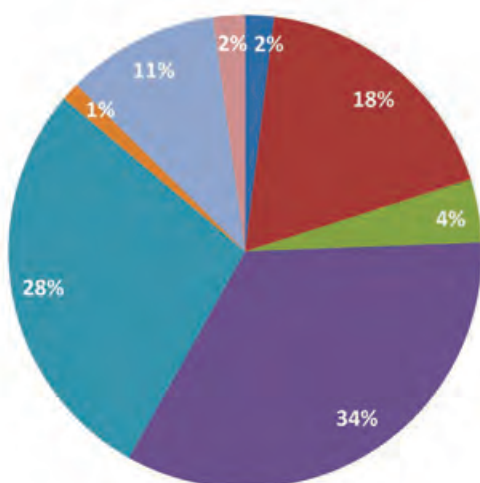


Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
**Ihre Spende
kommt an!**

Aufwendungen und Erträge 2014*



** Praktischen Verbraucherschutz leisten wir zudem in den Fachbereichen, insbesondere bei Energie/Klimaschutz, Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz, Verkehr/Luftreinhaltung.



Bilanz zum 31.12.2014*

Aktiva	2014 in €	2013 in €	Passiva	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen	131.416	153.438	Eigenkapital	1.112.014	1.066.261
Umlaufvermögen	3.353.792	3.071.895	Rückstellungen	585.689	486.829
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.286	10.006	Verbindlichkeiten	1.791.791	1.682.249
Summe	3.489.494	3.235.339		3.489.494	3.235.339

* Der geprüfte Jahresabschluss für das Jahr 2015 lag zum Redaktionsschluss dieses Jahresberichts (01.12.2015) noch nicht vor. Da wir nur testierte Zahlen veröffentlichen, finden Sie hier die Zahlen des Jahresabschlusses 2014. Geringfügige Summenabweichungen sind durch Rundungsdifferenzen verursacht.

Aufwendungen (gerundet)	in €	in %
Projektzuschüsse	925.000	11 %
Einstellung in Projektrücklagen	815.000	10 %
Umweltinformation	52.000	1 %
Naturschutz	855.000	10 %
Kreislaufwirtschaft/Mehrwegschutz	357.000	4 %
Verkehr/Luftreinhaltung	1.095.000	13 %
Energie/Klimaschutz	601.000	7 %
Kommunaler Umweltschutz	481.000	6 %
Allg. Verbraucherschutz und Recht**	1.520.000	18 %
Projekte der Regionalverbände	293.000	4 %
Verwaltung	1.251.000	15 %
Überschuss	45.000	1 %
Summe	8.290.000	100 %

Erträge (gerundet)	in €	in %
Beiträge von Förderern und Paten	164.000	2 %
Spenden	1.499.000	18 %
Sponsoring	360.000	4 %
Zuschüsse	2.797.000	34 %
Verbraucherschutz	2.323.000	28 %
Zuweisungen von Justizbehörden	103.000	1 %
Verwendung von Projektrücklagen	864.000	11 %
Sonstige	180.000	2 %
Summe	8.290.000	100 %



Heute noch einen Apfelbaum pflanzen

Private Spender und Förderer unterstützen die DUH, mit ihrer testamentarischen Spende lebt ihr Erbe weiter. „Das Prinzip Apfelbaum“ nennen wir das in der Initiative „Mein Erbe tut Gutes“

■ Der Einsatz der Deutschen Umwelthilfe für Natur, Menschen, Umwelt und Gesellschaft überzeugt auch private Natur- und Umweltschützer. Über die Jahre sind viele von ihnen ein Teil der DUH-Familie geworden und wir können uns auf eine Basis von privaten Förderern verlassen, die mit ihren Spenden unsere Arbeit unterstützen. Wir haben das Geld schon immer ordentlich und im Sinne der Spender verwendet. Doch seit 2015 haben wir es nun auch schriftlich: Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen hat die DUH durchleuchtet und das DZI-Spendensiegel verliehen.

Viele Spender sind der DUH seit Jahren eng verbunden und möchten daher auch nach ihrem Tod unsere Arbeit für den Natur- und Umweltschutz unterstützen. Mit ihrer testamentarischen Spende lebt ihr Erbe weiter und füllt den Grundsatz der DUH mit Leben: Die Natur zu

bewahren und die Werte von Umwelt- und Naturschutz an kommende Generationen weiterzugeben. Die Spender handeln wie Martin Luther es einst formulierte, als er vom Pflanzen eines Apfelbaums sprach.

Der Apfelbaum ist auch das Sinnbild und das Motto der Initiative „Mein Erbe tut Gutes. Das Prinzip Apfelbaum“. Die DUH und 18 weitere gemeinnützige Organisationen haben sich zu der Initiative zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel ist es, das Erbe für den guten Zweck stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Wir arbeiten daran, dass mit dem Testament die eigenen Werte eines Menschen weiterleben. Unterstützt wird die Initiative von vielen Prominenten, darunter Margot Käßmann, Reinhold Messner, Wim Wenders und Ulf Merbold.

Auch Christiane Nüsslein-Volhard unterstützt die Initiative „Mein Erbe tut Gutes. Das Prinzip Apfelbaum“. Christi-

ane Nüsslein-Volhard erhielt 1995 den Nobelpreis und ist damit die einzige deutsche Medizin-Nobelpreisträgerin. Ausgezeichnet wurde sie für die Entdeckung von Genen, die die Entwicklung von Tieren steuern. Sie fasst das Ziel und Selbstverständnis der DUH sehr schön zusammen, wenn sie sagt: „Anders als bei einem Künstler, dessen Werk immer mit ihm verbunden bleibt, werden unsere Erkenntnisse irgendwann Allgemeingut. Sie tragen zu unser aller Wissen bei. Das besteht weiter. Wer es entdeckt hat, ist irgendwann egal.“



Mein Erbe
tut Gutes.

Das Prinzip Apfelbaum

Bundesvorstand

Professor Dr. Harald Kächele, Berlin
Vorsitzender
Burkhard Jäkel, Betzendorf
stellvertretender Vorsitzender
Carl-Wilhelm Bodenstein-Dresler,
Hannover, stellvertretender Vorsitzender
Corinna Cwielag, Schwerin
Professor Dr. Margit Mönnecke,
Malans (CH)
Michael Rothkegel, Frankfurt
Dr. Thomas Schaefer, Radolfzell
Susanne Schubert, Troisdorf
Sabine Weisschedel-Brass,
Ausserberg (CH)

Bundesgeschäftsführer

Jürgen Resch
Sascha Müller-Kraenner

Bundesgeschäftsstellen**Leiterin der Geschäftsstelle Radolfzell:**

Melanie Fessler
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-0
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: info@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Berlin:

Babett Böhme
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Leiterin der Geschäftsstelle Hannover:

Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Regionalverbände**Regionalverband Süd:**

Ansprechpartnerin: Tina Hellwig
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Telefon 07732 9995-23
Telefax 07732 9995-77
E-Mail: hellwig@duh.de

Regionalverband Ost:

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Telefon 030 2400867-0
Telefax 030 2400867-19
E-Mail: duh-ost@duh.de

Regionalverband Nord:

Ansprechpartnerin: Gabriele Nitschke
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Telefon 0511 390805-0
Telefax 0511 390805-19
E-Mail: duh-nord@duh.de

Projektbüros**Projektbüro Elbe:**

Ansprechpartnerin: Ines Wittig
Poststr. 7
06366 Köthen
Telefon 03496 210009
Telefax 03496 210008
E-Mail: lebendigeelbe@duh.de

Projektbüro Erfurt:

Ansprechpartnerin: Sabrina Schulz
Webergasse 25
99084 Erfurt
Telefon 0361 76402-08
Telefax 0361 76402-100
E-Mail: schulz@duh.de

Impressum

- **Herausgeberin:**
Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH)
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
E-Mail: info@duh.de
Internet: www.duh.de
- **Pressestelle:** Daniel Hufeisen
- **Konzept und Redaktion:** Ulrike Fokken
- **Design und Layout:** Claudia Kunitzsch
- **Autoren:** Ulrike Fokken, Verena Gal,
Michael Hadamczik, Jutta Kochendörfer,
Robert Spreter
- **Druck:** Druckerei Krammer,
Inh. Claudia Baingo, Radolfzell
- **Bildnachweis:** Umschlag: Kraniche im Sonnen-
aufgang, Dr. Erhard Nerger/Naturfoto-Online.
de; S. 2: artfocus/fotolia.de; S. 3: A. Busch;
S. 4: davemhuntingphoto/Fotolia.de (L.o.), bah-
rialtay/Fotolia.de (L.u.), Montage DUH: fo-
tolia (alphaspirit/opallo.de)/Krautz/DUH
(m.o.), Christian Schwier/Fotolia.de (m.u.),
dina/Fotolia.de (r); S. 5: dina/Fotolia.de (L),
Sebastian Pfützte/DUH (r.o.), Eisenhans/Fotolia.
de (r.u.); S. 6/7: Maximilian Geiß/DUH; S. 8:
Barbara Dietl; S. 10: Gerhard Schulz/Naturfoto-
Online.de; S. 11: lifeonwhite.com/Fotolia.de (L),
LODRUM (r.o.), S. Gunkel (r.m.), TLUG (r.u.);
S. 12: privat; S. 14/15: Nadine Bethge/DUH;
S. 16: Maximilian Geiß/DUH; S. 18: totalpics/
Fotolia.de; S. 19: Robert Lehmann; S. 20: Staffan
Widstrand/Wild Wonders of Europe; S.21: naj/
Fotolia.de (L), Staffan Widstrand/Wild Wonders of
Europe (r); S. 22: Griesheimer Bahnhofsgärtchen
Frankfurt; S. 23: Gymnasium Herzogenaurach; S.
24: Marco2811/Fotolia.de; S. 25: Stadt Münster;
S. 26:DUH; S. 27: Marina Lohrbach/Fotolia.de;
S. 28/29: DUH; S. 30: Philipp Sommer/DUH; S.
32: Peter Luethi/Biovision (L), Gabi Fiedler (r);
S. 33: Sebastian Pfützte/DUH; S. 34: Steffen Holz-
mann/DUH (L.o., r.u.), privat (r.o.), Ann-Kathrin
Marggraf/DUH (L.u.); S. 35: Steffen Holzmann,
Ann-Kathrin Marggraf/DUH; S. 38: Belzheim 54/
Fotolia.de; S. 39: Stephan Leyk/Fotolia.de; S. 40:
Dr. Erhard Nerger/Naturfoto-Online.de
- **Redaktionsschluss:** 01.12.2015
- **Papier:** gedruckt auf 100 % Recycling-Papier



Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen (DZI)
Ihre Spende
kommt an!

Bitte unterstützen Sie uns
als Fördermitglied oder mit
einer Spende



Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02
BIC: BFSWDE33XXX

